

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement • Preis pränumerando  
 Vierteljährlich 2.50 Mk., monatlich 1.20 Mk.,  
 wöchentlich 30 Pf., frei ins Haus  
 Einzelne Nummer 6 Pf., Sonntags-  
 nummer mit illustrierter Sonntags-  
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf., Voll-  
 abonnement: 1.20 Mk. pro Monat.  
 Abonnement in die Post-Verwaltung  
 eingetragen. Unter Kreuzband für  
 Deutschland und Österreich-Ungarn  
 2.50 Mk., für das übrige Ausland  
 4 Mk. pro Monat. Postabonnements  
 nehmen an Belgien, Dänemark,  
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,  
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Gründet 1896.

**Die Insertions-Gebühr**  
 Beträgt für die sechsstelligen Koloniel-  
 stelle oder deren Raum 60 Pf., für  
 politische und gewerbliche Veretns-  
 und Bekanntmachungs-Anzeigen 30 Pf.,  
 „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte  
 Wort 20 Pf., (zweimal 2 festgedruckte  
 Worte), jedes weitere Wort 10 Pf.,  
 Stellenangebote und Schulstellenan-  
 zeigen das erste Wort 10 Pf., jedes  
 weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buch-  
 staben zählen für zwei Worte. Inserate  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 2 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition ist  
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adressen:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Freitag, den 22. September 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

## Die Reichskonferenz.

Berlin, 21. September.

Im Saale der Budgetkommission des Reichstages trat heute vormittag die Reichskonferenz zusammen, zu der außer dem Parteivorstand, der Kontrollkommission und den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten an 300 Delegierte erschienen sind.

Ebert gedachte in seiner Eröffnungsansprache der im Felde stehenden Parteigenossen und der Gefallenen. Zur Ehrung für diese, zum Dank für die Kämpfenden erbot sich die Versammlung. Als Zweck der Konferenz erklärte Ebert, der Einheit der Partei zu dienen, ihre Aktionsfreiheit zu sichern und dem Parteischiff einen festen geraden Kurs für die Zukunft zu geben.

Mit der Leitung der Verhandlungen wurde der Parteivorstand betraut, die Geschäftsordnung ist die der Parteitage, die Tagungszeit wird auf 9—1 und 3—7 Uhr festgesetzt.

Die Tagesordnung lautet:

1. Die Politik der Partei. (Referent: Scheidemann.)

2. Die Tätigkeit des Parteivorstandes. (Referent: Ebert.)

Nach den beiden Referenten soll Haase als Korreferent mit allen Rechten eines Referenten das Wort erhalten; dem Vertreter der Gruppe „Internationale“ wird eine halbstündige Redezeit zugewilligt, Haase und er erhalten auch ein Schlusswort.

Die Abstimmung über einen Antrag Dr. Braun-Nürnberg, die Tagesordnung durch einen Punkt: Die Ueberführung des Kriegszustandes und der Kriegswirtschaft in den Friedenszustand und die Friedenswirtschaft zu erweitern, wird hinausgeschoben, da man noch nicht übersehen kann, ob dafür Zeit bleibt, es auch fraglich erscheint, ob eine solche Beratung genügend vorbereitet ist.

Die Konferenz beschließt, täglich der gesamten Presse eine Uebersicht über die Verhandlungen zur Verfügung zu stellen; die Entscheidung darüber, ob später ein genauere Bericht veröffentlicht wird, bleibt vorbehalten.

Im Namen von über 100 Abgeordneten und Delegierten gibt Ledebour eine Erklärung ab, die die Zusammenfassung der Reichskonferenz kritisiert und ausdrückt, daß die Unterzeichner sich an der Konferenz nur beteiligen, um diese Gelegenheit zur Aussprache nicht vorübergehen zu lassen.

Eine ähnliche Erklärung, die überdies die Beteiligung an solchen Abstimmungen ablehnt, wird für die Anhänger der Gruppe „Internationale“ abgegeben.

Darauf tritt die Konferenz in die Tagesordnung ein.

Als Referent über die Politik der Partei legt Scheidemann dar, daß die mit Siebenachtel-Mehrheit beschlossene Zustimmung der Fraktion zum ersten Kriegskredit durchaus der Volksstimmung entspreche, die damals der von Russland drohenden Gefahr voll bewußt war. Heute übersehe die Opposition, daß die Deutschland bedrohende Gefahr wahrlich nicht geringer geworden sei. Es bestehe kein Anzeichen dafür, daß eine Ablehnung der Kriegskredite durch die deutsche Sozialdemokratie ein gleiches Vorgehen der sozialistischen Parteien Englands und Frankreichs zur Folge haben würde; selbst wenn aber dort ein Teil der sozialistischen Parteien sich dazu entschloße, so wäre die Wirkung auf die Regierung außerst gering, wie das Beispiel Italiens und Rumaniens gezeigt habe, die bereits nach langer Dauer des europäischen Krieges trotz der sozialistischen Warnungen — Italien auch trotz der österreichischen Gebietsangebote — sich in den Krieg gestürzt haben. Die Etatsbewilligung von 1915 sei keineswegs eine Vertrauenskundgebung für die Regierung gewesen, sondern im Dienste der selbstverständlichen Pflicht der Vaterlandsverteidigung erfolgt. An dem ganzen Gerede von einer sozialdemokratischen Regierungspolitik sei nicht mehr, als daß jetzt die sozialdemokratische Fraktion von der Regierung ebenso informiert werde, wie die anderen Parteien, so daß nur ein Ausnahmezustand beseitigt erscheine. Schon die Zustände in der Ernährungsfrage schließen ein besonderes Vertrauensverhältnis zur Regierung aus.

Weder ein Parteitag noch ein internationaler Kongreß beschloß verpflichtend zur Ablehnung von Kriegskrediten; wenn aber das Parteiprogramm die allgemeine Volksbewaffnung fordere, so natürlich dazu, daß das Volk in Waffen seine Unabhängigkeit verteidigen könne. Die gegenüber den deutschen Erklärungen zur Friedensbereitschaft immerfort wiederholten Kriegsziele der Entente bedrohen ein besiegtes Deutschland mit der Aussicht, die Produkte seiner Arbeit fremden Eroberern abliefern zu müssen. Wo bliebe da der Sozialismus, wie wäre dann eine gerechte Güterverteilung zu schaffen! Die internationalen Kongreßbeschlüsse, daß die sozialistischen Parteien auf rasche Beendigung eines ausgebrochenen Krieges hinzuwirken haben, gelten gleichermäßen für alle sozialistischen Parteien; unser Bemühen, danach zu handeln, begegne aber immer wieder der schroffen Ablehnung auf der anderen Seite. — Nachdem Scheidemann entschieden gegen anexionistische Forderungen gesprochen und eine deutlichere Bezeichnung der deutschen Friedensziele durch den Reichslangler, schon zur Widerlegung feindlicher Entstellungen und Verleumdungen gefordert hatte, besprach er die Fraktionspolitik und schloß mit der Versicherung, daß die deutschen Arbeiter schließlich selbst fordern werden, daß die deutsche Sozialdemokratie einheitlich und mit ganzer Kraft sich den kommenden, unübersehbaren großen Aufgaben zuwende.

Parteis (Parteivorstand) berichtete darauf, daß 307 Delegierte anwesend sind, 12 Kreise haben von ihrem Ver-

tretungsrecht nicht oder nicht voll Gebrauch gemacht. Die beiden Organisationen des Wahlkreises Teltow-Beeskow sind durch je 3 Delegierte vertreten. Obgleich der Parteivorstand die neue Kreisorganisation Teltow-Beeskow nicht als rechtmäßig bestehend anerkennt, schlägt er — um Zeit zu sparen — vor, sämtliche Mandate anzuerkennen.

Die Konferenz stimmt nach kurzer Debatte diesem Vorschlag zu.

In der Nachmittags Sitzung referiert Ebert über die Tätigkeit des Parteivorstandes. Er weist darauf hin, wie der Kriegsausbruch eine glänzende Entwicklung der Partei unterbrochen hat, gibt dann Auskunft über die inneren Verwaltungsmassnahmen des Parteivorstandes, über seine oftmaligen, aber stets an dem Widerstand des von Wandel geleiteten Internationalen Bureaus sowie der sozialistischen Parteien der Ententestaaten gescheiterten Bestrebungen, Zusammenkünfte mit ihnen herbeizuführen. Ebert wendet sich dann den Aktionen der Partei und der Gewerkschaften gegen die Mißstände in der Volksernährung zu, um darauf eingehend das Entstehen und das Vorgehen der Opposition darzustellen. Die Besprechung einer Anzahl von Flugblättern gegen die Parteileitung führt ihn zu dem Schluß, daß die jetzigen Schwierigkeiten der Partei einen tiefen sachlichen Hintergrund haben. Verderblich und verhängnisvoll für die Partei und das Proletariat ist es, wenn dieser Meinungsstreit so ausgefochten wird, daß jede Kameradschaft ertötet werden muß. Disziplin und Vertrauen werden dadurch untergraben, die Grundlagen der Partei zermürbt und die Partei schwer gefährdet. Die Kämpfe der Zukunft werden das Schicksal der Arbeiterklasse auf Jahrzehnte hinaus entscheiden, bei ihnen wird alles abhängen von der Macht und Entschlossenheit der Arbeiterschaft. Festigen wir also unsere Organisationen und sichern wir die Einheit der Kampffront! (Lebhafter anhaltender Beifall.)

Weiterberatung Freitag.

## Friedensartikel.

Prinz Alexander zu Hohenlohe veröffentlicht laut einer telegraphischen Meldung des „Berl. Tageblatts“ in der „Neuen Züricher Zeitung“ einen pazifistischen Artikel, betitelt „Europa's Selbstmord“. Der Verfasser geht von dem Grundgedanken aus, daß der Krieg nur einen allgemeinen europäischen Staatsbankrott hervorrufen werde. Das müsse verhindert werden, indem einige hervorragende Persönlichkeiten die Kriegführenden rechtzeitig zu einem Friedensschlusse veranlassen. Zu dieser Aufgabe ruft Prinz Hohenlohe den Papst Benedikt und den Präsidenten Wilson auf. Wilson müsse die Munitionsfabrikanter Amerikas veranlassen, daß sie keine Geschosse mehr nach Europa liefern; dann würde den Alliierten die Kraft ausgehen, die Zentralmächte weiter zu bekriegen. Die Zentralmächte würden ihren Feind verlieren, der Krieg würde mechanisch ausfallen. Der Prinz meint, daß der Papst und Wilson beim Gelingen ihres Unternehmens größer in der Weltgeschichte dastehen würden, als die größten Kriegshelden.

Die englische Wochenschrift „The Nation“ beschäftigt sich laut dem „V. L.“ in ihrer letzten Ausgabe in einem „Der Anfang vom Ende“ überschriebenen Leitartikel mit der Möglichkeit eines baldigen Friedensschlusses. Der Artikel knüpft an die Stellungnahme der deutschen sozialistischen Partei an und sagt voraus, daß das deutsche Volk in seiner überwiegenden Mehrheit den Frieden wünsche, und fährt dann fort: „Warum soll der Krieg nun noch länger dauern? Europa wünscht den Frieden; die Neutralen wünschen den Frieden, die Kriegführenden Völker wünschen den Frieden, die Armeen wünschen den Frieden und würden es mit Freuden begrüßen, wenn sie heimkämen.“ Nach dieser Einleitung gibt die „Nation“ ihr Programm der Friedensbedingungen. Das Blatt glaubt aus der Rede des Reichslanglers herausgehört zu haben, daß Belgien unter allen Umständen aufgegeben werden soll. Für die „Nation“ ist dies unannehmbar. Ebenso wird die Wiederherstellung von Serbien und Montenegro im Verein mit völliger Wiedereinsetzung ihrer Rechte und Genugthuung für Frankreich gefordert. „Wenn man uns aber unterstellen will, wir wollten an die Stelle der deutschen Hegemonie eine Hegemonie der Entente stellen, so ist das vollständig falsch. Ein solches Verlangen werden wir nie stellen.“ Als ebenso falsch bezeichnet es die „Nation“, daß England wieder seine Zustucht nehmen wolle zu der Theorie vom europäischen Gleichgewicht, die die einzige Alternative sei, wenn man das unbestrittene Uebergewicht einer europäischen Gruppe nicht dulden wolle. Was man in Wahrheit wolle, sei folgendes: Zunächst müsse der Frieden, wenn er dauernd sein sollte, durch Verhandlungen zustande kommen. Wenn Deutschland irgendeinem Bund beitreten will, müsse ihm Gelegenheit gegeben werden, dies zu tun; wenn es sich weigere, müsse es aber das Recht Europas sein, einen Friedensbund ohne Deutschland aufzurichten. Ganz falsch sei es auch, sich die Reorganisation Europas so vorzustellen, daß jedes Mitglied der Entente sich auf Kosten jedes Mitglieds der Zentralmächte bereichern dürfe. Nach Ansicht der „Nation“ hätten sich maßgebende englische Staatsmänner deutlich genug gegen eine solche Politik ausgesprochen. Derartige Pläne würden, selbst wenn sie sich aus der militärischen Lage rechtfertigen ließen, vielleicht einen materiellen Sieg, aber bestimmt eine sittliche Niederlage bedeuten. Territoriale Fragen haben nach Ansicht der „Nation“ beim Friedensschlusse überhaupt hinter die viel wichtigeren völkerrechtlichen Fragen zurückzutreten. Das englische Organ schließt: „Wenn das riesenhafte Blutvergießen in gleichem Stil fortgesetzt wird, das heißt, bis zum letzten Mann und bis zum letzten Pfennig, dann bedeutet das den Untergang der Welt. Das einzige, was also helfen kann, ist die Staatsmannskunst. Die europäische Diplomatie ist aber jeden Beweis schuldig geblieben, daß sie solchen Aufgaben gewachsen ist, und es wird einer härteren Kraft bedürfen, um ihr auf den Weg zu helfen. Diese härtere Kraft ist die öffentliche Meinung. Diese ist bisher miß-

leitet worden und wirkt daher auf sehr verwirrte Weise; aber sie kann auf den rechten Weg zurückgeführt werden, und dann wird sie der natürliche Vermittler sein zwischen jenen, die uns in den Krieg trieben, und jenen, die darunter leiden. Wird die öffentliche Meinung aber weiter aufgereizt, dann wird der Friede, selbst wenn wir ihn bekommen, kein guter Friede sein.“ Die schärfste Zurechtweisung der öffentlichen Meinung sieht die „Nation“ in der Entente, durch offizielle Reden genährten Auffassung in den Ententeländern, daß die Zentralmächte nicht nur militärisch vernichtet, sondern danach auch von der wirtschaftlichen Gemeinschaft Europas ausgeschlossen werden sollten. Selbst wenn dies in militärischer Hinsicht unter grauenhaften Verlusten, möglich sein sollte, so halten wir diesen Weg noch immer für den unfruchtbarsten. Geht man auf diesem Wege vorwärts, so wird man zur Verarmung und tödlicher Erstarung kommen, aber nicht zur Ehre oder zur Sicherheit der Welt, nicht einmal zur Sicherheit für England selbst. Unser Ideal ist es, durch guten Willen und Verstand zum Frieden zu kommen und, wollen wir hinzufügen, durch verständige Mäßigung der englischen Diplomatie.“

Angeführt ist dieser Vorschlag ein Aufruf des Vates, eine allgemeine Besprechung der Friedensziele in der „Nation“ einzuleiten.

Ueber einen weiteren Artikel derselben mitunter zu offiziellen Zwecken benutzten englischen Wochenschrift, der stellvertretend den Charakter eines Friedensführers trägt, unterrichtet ein telegraphischer Bericht des Haager Korrespondenten des „V. L.“ Der Artikel, betitelt „Die wirkliche Zerstörung des preussischen Militarismus“, konstatiert, daß auf beiden Seiten ungeborene Kriegsentflossenheit herrsche und meint, daß auf jeder der beiden Seiten die Möglichkeit, den Frieden zu diktiert, als einziges Mittel, einen dauernden Frieden herbeizuführen, angesehen werde. Es gebe aber noch eine andere Bestimmung, die nicht entschieden pazifistisch sei, aber in der Ueberzeugung wurzle, daß ein rein militärischer Sieg, gefolgt von einer willkürlichen Neuordnung Europas, keinerlei Sicherheit ergeben könne. Diese Richtung glaube an den Wert geordneter internationaler Beziehungen. Gegenwärtig wirkten aber die radikalen Forderungen wechselseitig aufreizend, und besonders ständen sich die „dauernden Maßnahmen der Pariser Konferenz und Bethmann Hollwegs“, „Frieden auf Grund der Karte“ einander gegenüber. In diesem Stadium ihrer Ausführungen nimmt die „Nation“ einen warnenden Ton an und sagt: „Es mag sein, daß unsere Regierung gleich der deutschen in bestimmtem Grade die allgemeinen Ansichten widerspiegelt, aber es ist unabweisbar unwehr, daß die Männer, die die Leitung unserer zukünftigen auswärtigen Politik in Händen haben, an die Zerschmetterung des deutschen Handels“, die Niederhaltung des bewaffneten Deutschlands oder an die Ergebung in ein ununterbrochen in kriegsführende Parteien gespaltenes Europa glauben. Im Gegenteil glauben wir zu wissen, daß viele verantwortliche Staatsmänner in diesem Lande unabhängig von Parteizugehörigkeiten, mehr und mehr zu der Erkenntnis kommen, daß die beste Hoffnung für eine erträgliche Zukunft in den Bemühungen liegt, die sich in der Richtung auf eine Liga der Nationen bewegen und die auf dem Gedanken gegenseitiger Garantien und Vereinbarungen beruhen. Den Grundgedanken der „Liga zur Auferlegung des Friedens“, die von der einzigen nicht in den Krieg verwickelten Großmacht in den Vordergrund gestellt worden ist, huldigt nicht nur Wilson, sondern auch Hughes, der republikanische Kandidat, so daß es gleichgültig ist, wie die Novemberwahlen in den Vereinigten Staaten ausfallen. Diese Grundgedanken sind doch wie ein Ruf nach Amerika an Europa. Sir Edward Grey hat ausdrücklich diese Grundgedanken gebilligt, und er wie Asquith haben sich der Arbeit für die Verwirklichung internationaler Vereinbarungen nach dem Kriege gewidmet.“ Die „Nation“ fährt weiter aus, daß Deutschland diese Gedanken bis jetzt mit der größten Energie von der Hand gewiesen habe, aber es könnte doch keine Rede davon sein, daß eine etwaige Bewegung des preussischen Militarismus eine dauernde Tatsache werde, wenn nicht in Deutschland ein lebhaftes Interesse in der angegebenen Richtung bestehe. Wenn Asquith gesagt habe, daß der Kampf gegen den deutschen Militarismus nicht die Zerstörung und Versteinerung Deutschlands im Auge habe oder irgendwelche Schwächung seiner Freiheiten, so habe er damit den Weg für eine richtige Auffassung der Absichten der Alliierten gebahnt. Die „Nation“ muß zugeben, daß ein solche Gedanken erörterndes Schriftstück, an dem Archer, Professor Gilbert Murray und Professor Hobhouse mitgearbeitet hätten, nicht den Weg in die englische Tagespresse gefunden habe. Das gegenwärtige, lediglich auf Kriege gestellte politische System Europas“, so lautet darin der entscheidende Satz, „kann ein Ende finden, sobald Deutschland bereit ist, nichts gegen die Erledigung internationaler Fragen durch friedliche Schiedspruch einzusetzen oder durch gemeinsame Verhandlungen am runden Tisch.“ Die „Nation“ versichert, daß wenn Deutschland deutlich seine Bereitwilligkeit, sich von einem solchen europäischen System nicht anzuschließen, zu erkennen gebe, damit eine vorläufige Basis für Verhandlungen erreicht wäre. Im übrigen habe auch Herr v. Bethmann Hollweg gesagt, daß es um einen dauernden Frieden gehe.

## „Die entschiedensten Maßnahmen“ gegen Griechenland.

Paris, 20. September. (W. L. V.) Habasmeldung. Der Kammerauschuß für auswärtige Angelegenheiten ist unter dem Vorsteher von Lehgues zusammengetreten. Er hat die durch die Ereignisse in Griechenland geschaffene Lage geprüft und ist zu dem Schluß gekommen, daß eine entschiedene und feste Politik, wie sie in der in Athen am 24. November 1915 überreichten Note der Entente zum Ausdruck gebracht worden ist, die einzige ist, die zu positiven Ergebnissen führen kann. Wie auch die Alliierten über die zukünftige Rolle Griechenlands

dächten, so können sie nicht dulden, daß in Athen ein Mittelpunkt für Verschörungen der Feinde bestimme bleibe, und die hätten die Pflicht, die entschiedensten Maßnahmen zu ergreifen, um die Sicherheit und volle Bewegungsfreiheit ihrer See- und Luftwege zu gewährleisten.

## Deutscher Flugzeugangriff auf Constanza.

**Konstanz, 21. September 1916. (W. Z. V.)** Deutsche Seeflugzeuge haben am 20. September früh zwei russische Flugzeugunterstützungen, die unter Geleit eines Kreuzers und mehrerer Zerstörer Flugzeuge zum Angriff auf die bulgarische Küste bei Varna herandrängen wollten, erfolgreich mit Bomben angegriffen; die feindlichen Seeflugzeuge wurden zu schleunigen Rückzug gezwungen, verfolgt von unseren Seeflugzeugen. Diese griffen später feindliche Transportdampfer in Constanza erfolgreich an und besetzten Eisenbahnstationen der Nord-Dobrudscha mit Bomben. Alle Flugzeuge sind trotz stärkster Beschädigung unbeschädigt zurückgekehrt.

## Der bulgarische Kriegsbericht.

**Sofia, 20. September. (W. Z. V.)** Amtlicher Heeresbericht vom 20. September.

**Mazedonische Front.** Die Kämpfe um Lerin (Blasina) entwickelten sich zu unserem Vorteil. Durch starke Gegenangriffe, an denen unsere Kavallerie teilnahm, warfen wir den Feind zurück und fügten ihm große Verluste zu. Die Ebene ist mit Leichen des Feindes bedeckt. Wir nahmen einen Offizier und 11 Reiter von einer russischen Brigade sowie 100 Mann vom 17. französischen Regiment gefangen und erbeuteten zwei Maschinengewehre. Heftige Angriffe des Feindes gegen die Höhe bei Kajmakalan scheiterten unter großen Verlusten für ihn. Im Roglena-Tale ist die Lage unverändert. Artilleriefeuer von beiden Seiten und schwache Infanteriegefechte. Westlich und westlich des Bardar Artilleriekampf. Am Fuße der Belasica Ruhe. An der Strumica-Front schwache Artillerietätigkeit.

**Rumänische Front.** An der Donau beschoß unsere Artillerie mit Erfolg den Bahnhof von Lurn Severin. Die Schiffe an der Linie Maraini Menul—Arabadshi—Kochelja—Khadin—Zugla dauerte gestern mit der größten Erbitterung von beiden Seiten fort. Der Feind hielt sich in seiner stark besetzten Stellung. An der Küste des Schwarzen Meeres Ruhe.

## Die Meldung des türkischen Hauptquartiers.

**Konstantinopel, 21. September. (W. Z. V.)** Bericht des Hauptquartiers vom 20. September.

An der Helasie-Front beschoß der Feind gestern von neuem unsere Stellungen mit schwerer Artillerie, ohne irgendwelchen Schaden anzurichten.

An der persischen Front griffen gestern die Russen aus verschiedenen Richtungen mit schwachen Kräften Devletabad an. Gleichzeitig ging russische Kavallerie nördlich von Bismahan zum Angriff über. Alle diese Angriffe wurden zurückgeschlagen.

An der kaukasischen Front unternahm der Feind im Abschnitt von Dognot heftige Überfälle, die er zweimal wiederholte, die aber mit Verlusten für ihn abgeklungen wurden. Kein Ereignis von Bedeutung auf den übrigen Fronten.

## Die feindlichen Heeresberichte.

### Der französische Tagesbericht.

**Sam 20. September nachmittags. (W. Z. V.)** Nördlich von der Somme haben die Deutschen die französischen Stellungen auf der Höhe 76 von der Eisenbahn bei Clerb bis zur Somme angegriffen. Durch Feuer und Maschinengewehrfeuer erzwungen, konnte der Angriff unsere Linien in ihrem nördlichen Teile nicht erreichen; in dem südlichen sahen einige Bruchteile der feindlichen Truppen in vorgeschobenen Grabensystemen Fuß, wurden aber durch einen heftigen französischen Gegenangriff sofort hinausgeworfen. Im Abschnitt von Bouchavesnes dauert der Artilleriekampf ziemlich lebhaft fort. Westlich vom Hügel von Couail und im Waldgebiete nordwestlich von Amlin scheiterten feindliche Versuche auf kleine französische Posten. Sonst war die Nacht überall ruhig.

**Orientales.** Von der Struma bis in die Gegend westlich von Kardor das übliche Geschützfeuer und Patrouillengefechte. Westlich von Czerna leistet die Serben ihre Offensive kräftig fort; sie haben die Höhe 2025, den höchsten Teil des Kajmakalan, die von den Bulgaren für die Verteidigung eingerichtet war, angegriffen und sind nach erbittertem Kampfe, der schließlich Mann gegen Mann geführt wurde, Herren der Stellungen geblieben. Die Bulgaren haben sehr hohe Verluste erlitten, so daß sie nur etwa fünfzig Gefangene in den Händen der Serben haben. Ostlich von Florina in der Gegend des Koro-Flusses ist der Gorgonias ein durch Kavallerie unterstützter bulgarischer Gegenangriff durch Feuer von 7 1/2 Zentimeter-Geschützen zerrüttet worden, bevor er die serbischen Linien erreichte. Auf unserem linken Flügel leistet der Feind noch auf den Höhen nördlich von Wladet und beim Kloster von Marjo Widerstand. In Florina haben die Franzosen einige Häuser, in denen die Bulgaren sich mit wilder Energie verteidigten, gesäubert und dabei etwa 100 Gefangene gemacht. Ein Flugzeugabwerfer hat viele Geschosse auf Monastir geworfen.

**Sam 20. September, abends. (W. Z. V.)** Nördlich von der Somme unternahm die Deutschen einen neuen Versuch, und aus den jüngst eroberten Stellungen zu verdrängen. Die Schlacht dauerte von 9 Uhr morgens bis zum Einbruch der Nacht. Auf einer Front von ungefähr 5 Kilometern, von dem Hügel de Friez bis südlich vom Hügel de Rabbe wurden die angreifenden Massen in wiederholten Anläufen vorgeworfen, denen jedesmal eine heftige Artillerievorbereitung voranging. Unsere Truppen leisteten glänzenden Widerstand. Alle Angriffe sind durch das Feuer der Maschinengewehre und der Artillerie abgeklungen worden. Wir haben überall unsere Stellungen behauptet und das gewonnenen Gelände schloß in unserer Hand behalten. Der Kampf war besonders hartnäckig bei dem Hügel de Friez und in der Gegend von Bouchavesnes. Vor dem Hügel de Friez wurden vier Angriffswellen nacheinander durch unsere Feuer niedergemäht. Man sah den feindlichen Angriff sich auflösen und in Unordnung hinter den Höhenrücken zurückziehen, das Gelände war von Leichen bedeckt. Im Abschnitt von Bouchavesnes sind die Deutschen, denen es nach mehreren blutigen Schlägen gelungen war, gegen ein Uhr mittags im Nordostteil des Dorfes Fuß zu fassen, durch einen unvorbereiteten Gegenangriff unserer Truppen im Bajonettkampf wieder zurückgeworfen worden. 50 Gefangene, darunter mehrere Offiziere, sind in unserer Hand geblieben. Nach den Feststellungen an der ganzen Angriffsfront und den Aussagen der Gefangenen hat der Feind beträchtliche Verluste erlitten.

Das übliche Geschützfeuer an der übrigen Front. **Belgischer Bericht.** Artilleriekampf an mehreren Punkten der belgischen Front, sowohl in der Gegend südlich von Nieuport wie in der von Boesinghe.

### Die englische Meldung.

**Sam 20. September. (W. Z. V.)** Die allgemeine Lage ist unverändert. Mehrere Gegenangriffe südlich der Aisne wurden zurückgewiesen. 200 Haube eines feindlichen Panzrabenders südlich von Arras wurden gesäubert. Dem Feinde wurden Verluste zugefügt. Der Feind ließ bei Saucy eine Mine springen. Wir besetzten den und zunächst gelegenen Rand des Tranchers.

## Meldung des Großen Hauptquartiers.

**Amtlich. Großes Hauptquartier, 21. September 1916. (W. Z. V.)**

### Westlicher Kriegsschauplatz.

**Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.** Nördlich der Somme spielten sich bei Courcellette fortgesetzt Handgranatenkämpfe ab. Feindliche Teilangriffe wurden bei Fiers, westlich von Leboeufs und nördlich von Combles abgeklungen. Südwestlich von Mancourt und in Bouchavesnes von unseren Truppen im Angriff gewonnener Boden ging nach erbitterten Kämpfen wieder verloren. Südlich von Mancourt behaupteten wir gesammene Gräben.

### Heeresgruppe Kronprinz.

Rechts der Maas wurden bei gesteigerter Artillerietätigkeit feindliche Angriffe im Abschnitt Thiamont—Fleury abgeklungen.

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

**Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.**

Westlich von Duct setzte die russische Garde zusammen mit anderen starken Kräften die Angriffe gegen die Truppen des Generals von der Marwitz fort. Bei Korytnica ist der Kampf noch nicht abgeschlossen, im übrigen ist auf der 20 Kilometer breiten Front der oft wiederholte Aufsturm vollkommen und unter abermals blutigsten Verlusten gescheitert.

### Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

Der Kampf an der Karajowka wird erfolgreich fortgesetzt.

In den Karpathen hat auch gestern der Feind seine heftigen Angriffe wiederholt. Abgesehen von örtlichen Erfolgen in der Gegend des Pantyr-Passes und im Zatarca-Abschnitt (nordöstlich von Kirilbaba) ist er überall unter schweren Verlusten zurückgeschlagen. An der Baba Ludowa stürmte er siebenmal gegen unsere Stellung an. Jäger verschiedener deutscher Stämme unter der Führung des Generalmajors Voß haben hervorragenden Anteil an der siegreichen Abwehr. Die am 19. September in Feldenshand gefallene Kuppe Smotrec wurde im Sturm wiedergewonnen.

### Kriegsschauplatz in Siebenbürgen.

Die Grenzhöhen beiderseits des Vulkan-Passes sind von uns besetzt.

### Wallen-Kriegsschauplatz.

**Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.**

Der Kampf in der Dobrudscha ist zum Stehen gekommen.

### Mazedonische Front.

Bei den erfolgreichen bulgarischen Angriffen in der Gegend von Florina erlitten die Franzosen beträchtliche Verluste. Bulgarische Kavallerie attackierte und zersprengte östlich der Stadt die weichende feindliche Infanterie. Es wurden zahlreiche Gefangene gemacht und einige Maschinengewehre erbeutet. Am Kajmakalan und an der Roglena-Front sind mehrfache serbische Angriffe abgeklungen.

### Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

## Der österreichische Generalstabbericht.

**Wien, 21. September 1916. (W. Z. V.)** Amtlich wird veröffentlicht:

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

#### Front gegen Rumänien.

Südlich von Petroseni haben wir auch die Höhen beiderseits des Vulkan-Passes wieder besetzt. Bei Nagyzedes (Hermannstadt) und an der siebenbürgischen Ostfront nur Vorpostengefechte.

### Heeresfront des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

In den Waldkarpathen setzte der Feind seine Angriffe gegen die Armeen des Generals Karl Freiherrn v. Kirchwach mit größter Häufigkeit fort. Bei Bredza und östlich des Pantyretzfelds brachten er vorspringende Frontstücke etwas zurück. Sonst scheiterten alle Anstürme an der Tapferkeit der Verteidiger.

Unter den in den Karpathen stehenden Truppen der I. und I. Wehrmacht verdienen die braven ungarischen Landsturmabteilungen des Obersten Papp besondere Erwähnung.

Auch an der Karajowka blieben alle Anstrengungen des Feindes vergeblich.

### Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Bei der Armee des Generalsobersten von Terziyanstj fanden zwischen Pustomyj und Batuscy die verbündeten Streitkräfte des Generals von der Marwitz abermals unter dem Anprall starker russischer Massen. Die Kampfmethode des Gegners gipfelte wie immer in sturpelhaftem Hinfachgehen der in tiefen Kolonnen vorgetriebenen Angriffstruppen, in deren Mitte sich auch die Garde befand. Nur östlich von Swintuchy ist der Kampf noch nicht entschieden. Sonst wurde der Feind überall unter den schwersten Verlusten geworfen.

### Italienischer Kriegsschauplatz.

#### Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Bei unseren Truppen unverändert.

### Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: von Oeser, Feldmarschalleutnant.

**Salonik, 20. September. (W. Z. V.)** Neutermeldung. Amtlich. Unsere Flugzeuge unternahm einen Angriff auf Drama und bewarfen Eisenbahn, Eisenbahnwagen und Magazine mit Bomben.

### Der russische Kriegsbericht.

**Sam 20. September nachmittags. (W. Z. V.)** Von der Westfront und von der Kaukasusfront ist nichts von Bedeutung zu melden.

### Meldung der italienischen Heeresleitung.

**Sam 20. September. (W. Z. V.)** In der Nacht zum 19. September und am gestrigen Tage versuchte der Gegner Unternehmungen in der Umgegend des Caferio Jedio (Dochfläche von Asiago), auf dem Berg San Giovanni (am Eingang des Venotales), auf den Nordabhängen des Col Bricon (Trabignolotal) und auf dem Rücken des Uscio (Monte Nero). An einigen Stellen war es dem

Feind gelungen, in unsere Gräben einzudringen, er wurde aber überall durch unsere sofort einsetzenden Gegenangriffe glatt wieder herausgeworfen. Im Venotial führten unsere kleinen Angriffsunternehmungen, deren Ziel war, uns den Besitz des linken Ufers des Mosobaches zu sichern, zur Eroberung der Höhe 604 nördlich von Ghisi. Der Feind erlitt empfindliche Verluste und ließ etwa 30 Gefangene, darunter drei Offiziere, in unserer Hand. Auf dem Markt auf beiden Seiten lebhaftes Schanzentätigkeit, die durch ungünstiges Wetter behindert wurde. Auf der ganzen Front die gewöhnliche Artillerietätigkeit sowie kleine Angriffe und Gegenangriffe, in deren Verlauf wir etwa 50 Gefangene machten.

**Salonikfront.** An den Südbhängen der Veselsberge griffen starke bulgarische Streitkräfte, unterstützt durch kräftiges Artilleriefeuer, unsere kleinen vorgeschobenen Posten zwischen Ober-Boroj und Mainica an. Nachdem die unterigen den Ansturm des Gegners zum Stehen gebracht hatten, zogen sie sich, unterstützt durch die zähe Verteidigung einer Nachabteilung, in guter Ordnung auf die Eisenbahn Dojran—Demitshar zurück. **Cadorna.**

### Rumänischer Bericht.

**Sam 20. September. (W. Z. V.)** An der Nord- und Nordwestfront schwache Zusammenstöße. Westlich des Strein haben unsere Truppen ihren Rückzug eingestellt und sich vor Petroseni eingerichtet, wo sie sich verhalten.

**Südfront:** In der Dobrudscha lebhaftes Kämpfe an der ganzen Front. Die russisch-rumänischen Truppen haben alle Angriffe des Feindes abgeklungen und ihm Verluste beigebracht. Sie unternahm mehrere Gegenangriffe. Feindliche Flugzeuge haben Bomben auf Constanza abgeworfen, ohne Schaden anzurichten und auf Siatrub, wo ein Kind von sechs Monaten verletzt worden ist.

**Bukarest, 20. September. Amtliche Meldung.** Es wird ein Erfolg der Rumänen in der Dobrudscha in der Gegend von Enigra 20 Kilometer südlich von der Eisenbahn Constanza—Cernavoda gemeldet. Die Kämpfe dauern in dieser Gegend an. Die Anstrengungen der Rumänen wenden sich hier im Einklang mit den von der Heeresleitung vorausgesehenen Bewegungen gegen die Hauptmacht der Feinde.

### Kämpfe in Ostafrika.

**Blissau, 20. September. (W. Z. V.)** Aus Mozambique wird amtlich gemeldet: Unsere Truppen haben den Rovuma überschritten. Der Feind leistete nur schwachen Widerstand und verließ seine geschützten Gräben, um seine Maschinengewehre und die Infanterie in Sicherheit zu bringen. Unsere Bahnen sind sechs Kilometer weit im Innern aufgepflanzt worden.

## Zur Kriegslage.

### Die Völkerschlacht.

Von Richard Gädle.

Berlin, den 19. September.

Durzeit löst der Kampf in schwersten Schlichtengewittern auf allen Fronten, die von den Heeren der verbündeten Mittelmächte bestritten werden, ein Ende ist noch nicht abzusehen. Es wäre nicht richtig, zu sagen, daß unsere Gegner zum ersten Male den Versuch machen, uns durch eine gemeinschaftliche, gleichzeitige Anstrengung von allen Seiten niederzuwerfen. Ähnliche Lagen haben sich vielmehr schon wiederholt in den 20 Monaten des Krieges ergeben — so mehrfach im Winter 1914 und im Frühjahr wie im Herbst 1915. Aber allerdings sind sie noch niemals nach so riesigen, sorgfältigen Vorbereitungen, mit so gewaltigen Massen, mit solch zäher Entschlossenheit, ohne jede Rücksicht auf die blutigen Verluste unternommen worden wie diesmal. Den ganzen Sommer hindurch dauerte bereits das verzweifelte Ringen, unterbrochen nur durch längere oder kürzere Atempausen, in denen die Gegner Kraft sammeln zu neuen Anläufen von wachsender Stärke. Es scheint, als ginge der Kampf im September erst seinem Höhepunkte entgegen. Zugleich dürfen wir eine Verschiebung des Schwerpunktes wahrnehmen. Wenn die Hauptschlacht während des Jahres 1915 in langsamem Vordringen und in aufreißenden Rückzügen von den Russen getragen wurde, gehen nunmehr die entscheidenden Stürme großer Massen von unseren westlichen Gegnern aus. Der Dienstzwang in Großbritannien, die Heranziehung immer stärkerer Kräfte aus dem großen französischen Kolonialreich und die Ausbeutung der heimischen französischen Volkskraft auf den letzten Boden machen sich in steigendem Maße geltend. Daraus folgt dann, daß auch für uns die schwersten Kämpfe augenblicklich im Westen ausgefochten werden. So ist auch die neueste Offensive unserer Gegner an der Westfront begonnen und an der Westfront mit der nachhaltigsten Anstrengung geführt worden; allmählich haben sich auch Russen und Italiener wieder angeschlossen und erst spät haben sie die Kraft zu einem Angriff auf ganz breiter Front gefunden. Dem großen Stoße der Franzosen und Engländer vom 24. August entsprachen noch keine entsprechenden Versuche der Russen und der Italiener; erst mit dem Eintritt Rumäniens in den Weltkrieg begannen auch sie sich wiederum mächtig zu regen. Die Russen insbesondere warfen sich seit Ende August mit zunehmender Gewalt auf die Karpathenfront, und nicht ohne zeitweise Erfolge, während die Rumänen von Osten und Süden her die siebenbürgischen Grenzgebirge überschritten. Mit dem Beginn des September hat dann die gewaltige Sommerschlacht an, die größte wohl der Weltgeschichte, die im Laufe der vergangenen Woche zu immer gewaltigerer, noch nie erreichter Größe anschwoll.

Allmählich wurden aber auch die Russen mit ihren Vorbereitungen fertig; ihre durch die Juli- und Augustkämpfe arg zerkleinten Regimenter waren neu aufgestellt, neue Geschwadern an der Front geschleppt worden, und so schied sie an den verschiedensten Stellen der deutsch-österreichischen Südfront zu Massenmärschen an, deren Zahl, Breite, Gleichzeitigkeit sich zusehends vermehrte. Noch längere Zeit aber blieb der Durchbruch durch die Karpathen ihr wesentliches Angriffsziel, das von der verstärkten und umgruppierten 9. Armee des Generals Deschik mit Ungeduld verfolgt wurde.

Vom 7. September an wandte sich dann auch General Cadorna, der sich eine Zeitlang in den verschiedensten Einzelunternehmungen zersplittert hatte, und auch die Tiroler Front ernstlicher zu bedrohen schien, erneut zunächst aber nur mit verstärkten Feuerangriffen dem schienländischen Gebiete der Karsthochfläche zu. Offenbar hatte er die Verstärkung seiner lebenden Streitkräfte noch nicht ganz beendet.

Am Dienstag, den 12. September, erneuerten Engländer und Franzosen nach zweiseitiger Pause mit neu herangezogenen Divisionen den größten und schwersten ihrer bisherigen Durchbruchversuche und am gleichen Tage erreichten die russischen Angriffe in den Karpathen ihren Höhepunkt, den sie mit zeitweisem Abflauen bis zu diesem Tage zu behaupten versuchten. Während die Sommerschlacht mit gleicher Mut, gleicher Erbitterung fortgesetzt wurde, zeigte das am 15. September einsetzende Trommelfeuer an, daß auch General Brusilow seine Anstöße in gedehntem Massstab zu wiederholen gedachte. Am 18. September stieß er mit Massenstürmen gleichzeitig gegen die Armeen Terziyanstj, südwestlich Durt, gegen die Armeen Boehm-Ormolli in der Gegend von Botorow, gegen die Armee Rothmer an der Flota Lipa und Karajowka, gegen Koevek nördlich Stanislaw vor, während die Karpathenangriffe unermüdet fortbauerten. Schon am 14. September war Cadorna fertig; seine dritte Armee (Herzog von Aosta) wogte in unzähligen Wellen südlich der Wipach bis zum Adriatischen Meere gegen das die Karstgebiete heran, das die unerschütterlichen Truppen des Generals Drotovic verteidigten.

Die allgemeine Schlacht war im Gange und geht voraussichtlich weiter; sie hat sich am 17. September an der Somme bis zu einer Breite von 45 Kilometer ausgedehnt, wobei wir nicht vergessen wollen, daß während all dieser kampferfüllten Tage immer wieder zeitweise heftige Vorstöße der Franzosen auch östlich der Marne erfolgten. Für den, der dieses ganze weite Gebiet mit einem Blicke von oben zu umfassen vermöchte, ein furchtbares, grauenerregendes Schauspiel. Noch niemals hat die Erde so vieler, stehender Männer Blut getrunken wie in diesen Tagen.

Wenn es die Absicht unserer Gegner war, durch den gleichzeitigen Druck ungeheurer Massen, durch das rücksichtslos eingeleitete Übergewicht der Zahl uns die eigene Entschlußfreiheit zu rauben, uns in die reine Abwehr zu drängen und unsere Scharen schließlich überall durch Blutrünst und Müdigkeit zu lähmen, dann ist diese

Wißte nicht erreicht worden, dem allgemeinen, gleichzeitigen Einfluß aller ihrer Kräfte bisher der Erfolg verjagt geblieben. Es kann nicht geleugnet werden, wenn wir nicht in eitle Ruhmredigkeit verfallen wollen, daß die feindliche Uebermacht an Eisen und an Männern und zeitweise ernste Lagen geschaffen hat, die nur der unübertreffliche Opfermut des deutschen Soldaten zu überwinden vermochte; es darf auch nicht abgestritten werden, daß die vergangene Woche Franzosen und Engländern ansehnlichen Raumgewinn und eine Beute an Gefangenen und Geschützen gebracht hat. Aber während ihnen das Ziel jedes Entschlusses suchenden Angriffes, der Durchbruch durch unsere Front, der Stoß bis ins Innere versagt blieb, konnten sie nicht verhindern, daß immer neue deutsche Kräfte in die Heere unserer Verbündeten im Südosten eingeschoben wurden und dort den unüberwindlichen Eisenwall schufen, an dem alle Stürme der Russen unter furchtbaren Verlusten scheiterten. Ebenjowenig konnten sie verhindern, daß deutsche Truppen dem bedrohten Siebenbürgen zu Hilfe eilten und den Vormarsch der Rumänen im wesentlichen zum Stillen gebracht haben. Nur in der Südostecke des Kronlandes, dort, wo Karpathen und Transilvanische Alpen zusammenstoßen, sind diese etwas tiefer eingedrungen und konnten am 17. September bis zum Kofelstufje vorrücken (180 Kilometer von der Grenze).

Noch entscheidender aber ist es, daß während dieser wütenden Angriffe aller unserer Gegner ein gemischtes Heer aus Deutschen, Bulgaren und Russen kühn die Vorhau an sich ritz und unter Rayensens Befehl in die Dobrußa einbrach. Nach den siegreichen Kämpfen bei Dobric, nach der Erstürmung von Turtalan und der Befestigung von Silistria ist es weiter nach Norden vorgezückt und hat ein kleines rumänisch-russisches Heer am 14. September in der Linie Oltina-See-Cusgun-Cara-Omer geschlagen. 8 rumänische Divisionen sind bereits schwer geschädigt und teilweise vernichtet, 2 russische Infanterie- und Reiterdivisionen in die Niederlage mit verwickelt worden. Zurzeit steht Madaken in Erfolg versprechenden Kämpfen nur noch 15 Kilometer südlich der wichtigen Bahn Czernawoda-Konstanza. Der feindliche Angriffspunkt im Südosten ist empfindlich durchkreuzt worden und Rumänien aus einem Bedrohten zu einem Bedrohenden geworden.

Dieser taktische Angriff konnte unbekümmert um die Saloniki-Armee durchgeführt werden, die sich nur zu schwächlichen Anläufen auftrafte und nur auf ihrem linken Flügel, westlich des Ostromoseas, am 14. September durch die Serben einen gewissen Erfolg errang. Ob Sarcail oder Gouraud ihre weiteren Operationen leiten wird; das Verhängnis im Norden wird keiner von ihnen aufzuhalten vermögen.

### Ein neuer französischer Generalstabschef.

Paris, 21. September. (W. L. B.) Meldung der Agence Havas. Der Divisionsgeneral Dupont ist an Stelle des Generals Graziani zum Chef des Generalstabes der Armee ernannt worden. General Graziani ist auf sein Ansuchen aus Gesundheitsrücksichten von diesem Posten enthoben und zum Kommandeur der Ehrenlegion ernannt worden. Er hat sein Amt als Chef des Generalstabes der Armee zwei Jahre lang geführt.

### Sturmszenen im ungarischen Abgeordnetenhaus.

Budapest, 20. September. (W. L. B.) Die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses war aus Anlaß eines ziemlich belanglosen Zwischenfalles der Schauplatz stürmischer Szenen. Abgeordneter Andreas Rath (Karolyi-Partei) interpellierte betreffs der Vorkehrungen zur Verteidigung Siebenbürgens gegen den rumänischen Ueberfall. Im Verlaufe seiner kritischen Ausführungen machte Abgeordneter Ludwig Szilaghi (Regierungspartei) den Widerspruch: Und Sie wagen hier zu sprechen, der als Offizier das Ehrenwort gegeben hat, daß er gegen die Feinde Ungarns nicht kämpfen werde? Es entstand ein großer Lärm, worauf Rath um die Erlaubnis bat, betreffs des Zwischenfalls Aufklärung zu geben. Rath, der Reserveoberleutnant ist, erzählte, daß er bei Kriegsausbruch in Amerika geweilt habe, sofort nach Hause geeilt, jedoch in Bordeaux interniert worden sei. Nach einer peinlichen Internierung von diesen Monaten habe er sich nur auf die Weise befreit können, daß er das Ehrenwort gegeben habe, nicht als Kombattant gegen Frankreich am Kriege teilzunehmen. Dies habe er bei seiner Rückkehr der Militärbehörde mitgeteilt, die ihm in Verächtigung dieses Umstandes dem Sanitätsdienst zugeteilt habe. Szilaghi habe eine förmliche Depeche gegen ihn veranlaßt, obwohl er selbst bei Ausbruch des italienischen Krieges sich gemeldet habe und die Militärbehörden seine Dienstleistung als Kombattant unzulässig gefunden hätten. Diese Darstellung rief die Entrüstung auf der Seite der Opposition gegen Szilaghi hervor, der erklärte, er habe den Zwischenfall nur gemacht, weil die oppositionelle Ausnützung des siebenbürgischen Einfalles von seinem Parteistandpunkt aus ihn entsetzt habe. Diese Erklärung rief einen neuerlichen Ausbruch der Mißbilligung hervor, worauf der Präsident die Sitzung aufhob.

Graf Tisza erklärte nach Wiedereröffnung der Sitzung, die Abgeordneten möchten Selbstbeherrschung üben, damit die Sitzungen in dieser ersten Zeit ohne störende Zwischenfälle verlaufen. Er bitte namentlich alle diejenigen, die ihn mit ihrem Vertrauen beehren, sich Äußerungen zu enthalten, die die Parteileidenschaften ermedelten. (Allgemeiner lebhafter Beifall.) Die Sitzung nahm hierauf einen ruhigen Verlauf.

Im Abgeordnetenhaus brachten Andrassy und Apponyi einen Antrag wegen

#### Einkerbung der Delegationen

ein. Am Schlusse der Debatte über sie ergriff Tisza das Wort und sagte, er wolle sich nur mit den wichtigsten in dieser Debatte angeregten Fragen befassen. Ueber die Armee und die Kritik an ihr sagte er, man dürfe nicht vergessen, daß die österreichisch-ungarische Armee seit mehr als zwei Jahren gegen eine riesige Uebermacht heldenmüthig und erfolgreich kämpfte. Seiner Ansicht nach sei es nicht richtig, einzelne Vorfälle und einzelne ungünstige Momente herauszugreifen und so das Bild der Armee zu entstellen, deren Stimmung im großen und ganzen durchaus auf der Höhe sei. Er wünsche, daß innerhalb der Monarchie und jenseits ihrer Grenzen der Krieg mit dem herzergebenden Bewußtsein abschließen möge, daß die Monarchie in diesem Kampfe auf Tod und Leben nicht nur in einzelnen Augenblicken, sondern mehr als zwei Jahre hindurch nie geahnte Beweise von Lebensfähigkeit, Kraft und jugendlicher Energie gegeben habe.

Der Ministerpräsident ging sodann zum Kern der Debatte, dem Antrage auf Einkerbung der Delegationen, über, und sagte: Bei Behandlung dieser Frage sind vielfach österreichische Verhältnisse berührt worden; ich gedenke jedoch diesem Beispiele nicht zu folgen, weil das ungarische Abgeordnetenhaus, das so eifriglich darüber wacht, daß niemand sich unbesorgt in ungarische Verhältnisse einmische, und welches gegenüber unangenehmen Erörterungen in Oesterreich mit Recht empfindlich ist, — ich sage, das ungarische Abgeordnetenhaus sollte ebenso mit größter Sorgfalt beflissen sein, in diesem Punkte Zurückhaltung zu üben.

Schließlich erörterte der Ministerpräsident eine Bemerkung des Grafen Michael Karolyi über den

#### Dreibund

und sagte: Mit Freuden nehme ich die Erklärung des Grafen Karolyi zur Kenntnis, daß auch er die Vollstreckung der bestehenden Ver-

träge und Treue und Anhänglichkeit an sie für wünschenswert erachtet. Es war sehr richtig, daß der Herr Abgeordnete diese Erklärung abgab und dadurch die tendenziösen Bemühungen entkräftigte, welche die Auffassung des Grafen Karolyi und die seiner Partei als eine auf einen Vertragsbruch gerichtete Tendenz hinstellen wollte. Wenn jedoch der Herr Abgeordnete sagt, daß der Dreibund aufgelöst sei, so kann ich das nur in streng formalistischem Sinne annehmen, insofern, als durch das Aufheben Italiens der Dreibund selbstverständlich aufgehört hat, ein Dreibund zu sein. Der Herr Abgeordnete hat in aristokratischem Sinne recht. Was jedoch das Wesen der Sache anbelangt, so bildet das Bündnis zwischen dem Deutschen Reiche und der Monarchie das Rückgrat dieses politischen Gebildes. Der Anschluß Italiens erschien nur als erfreuliche Kräftevermehrung zwischen dem Deutschen Reiche und der Monarchie, und dieses besteht unverändert fort. Ich muß auch der Behauptung des Herrn Abgeordneten entschieden widersprechen, daß unser Verhältnis zum Deutschen Reiche sich geändert haben sollte. Wenn in diesem Kampfe auf Tod und Leben, in dieser riesigen und ruhmvollen Krasprobe sich etwas zwischen uns geändert hat, so ist es nur, daß das Bündnis noch viel inniger geworden ist. Auch gewisse Sonderinteressen haben auf das Bündnis keinen Einfluß. Ich bin nicht berufen, den Gedanken des Deutschen Reiches zu vertreten, aber ich bin überzeugt, daß jeder erste Faktor des Deutschen Reiches es als eines unserer wichtigsten Interessen erachtet, daß unsere Monarchie in ungeschwächter Kraft fortbesteht, und dies gewährt mir die Hoffnung, und das sichere Bewußtsein, daß dieses Bündnis auch nach dem jetzigen Kriege in unveränderter Kraft und sogar noch inniger fortbestehen werde.

### Aus der französischen Kammer.

Die von Herrn Ribot geforderten provisorischen Budgetmittel sind ohne Diskussion bewilligt worden, mit 484 Stimmen. Einige Abgeordnete unter Führung von Brizon verließen, nach den telegraphischen Berichten, vor der Abstimmung den Saal. Die „Humanité“ meldet vorläufig nichts darüber und wir werden das Eintreffen der Minderheitsorgane abwarten müssen, ehe wir Genoueres über Zahl und Namen der auf diese Weise Protestierenden erfahren. Es wäre möglich, daß Brizon und seine engeren Freunde darauf verzichteten, in der Kammer gegen das Budget zu stimmen, um der organisierten Opposition möglichst wenig Schwierigkeiten zu machen.

In derselben Sitzung, in der der französische Finanzminister seine Rede hielt, ist es jedoch in der Debatte über das Geschenk Auguste Robins an den Staat zu einem ersten Zwischenfall gekommen, den die „Humanité“ ausführlich wiedergibt. Es gibt in Frankreich eine kleine Gruppe, die den Künstler Robin nicht anerkennt. Sie machte unter Führung des Abg. Delahaye Opposition. Delahaye versuchte, Stellen aus einem Artikel von Urbain Grohier zu verlesen, der seine Auffassung unterstützt, wurde jedoch von der äußersten Linken unterbrochen. Rassin-Dugens rief: „Wir wollen nicht die Prosa des Mörders von Jaurès hören.“ Vom Präsidenten getadelt, erklärte er: „Ja, Urbain-Grohier müßte auf der Anklagebank des Schwurengerichtes sitzen. Er ist der Mörder Jaurès.“ Und Moutet kam ihm zu Hilfe unter dem lebhaften Beifall der äußersten Linken: „Wir werden nicht die Prosa eines Mannes anhören, der zum Mord eines unserer Kameraden aufgereizt hat.“

Der Präsident versuchte zu beruhigen und erklärte, er müsse die Freiheit der Tribüne wahren, man möge ihn nicht zwingen, die Sitzung aufzuheben. Da Herr Delahaye weiter versuchte, den Artikel zu verlesen, erhob sich die Sozialisten und verließen geschlossen den Sitzungssaal, und erfreulicherweise folgte ihnen eine große Anzahl radikaler bürgerlicher Abgeordneter.

Der Antrag Delahaye wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Noch eine andere Begebenheit schildert die „Humanité“, offenbar erst, nachdem sich reaktionäre Blätter der Angelegenheit bemächtigten und in ihrem Sinne auszufächeln versuchten.

Der Vorfall spielte sich in einem der Säle der Kammer zwischen dem Abg. Joseph Denais, Direktor der „Libre Parole“, und den Genossen Blanc und Brizon ab. Alexander Blanc stellte Herrn Denais wegen eines in der „Libre Parole“ erschienenen Artikels zur Rede und fragte ihn, ob er die Verantwortung dafür übernehme. Denais antwortete, er glaube nicht, daß aus Blanc und seine sozialistischen Kollegen abgezielt sei und verkannte sich hinter seinem Medaillon. Blanc forderte ihn hiernach auf, den Artikel noch einmal zu lesen und sagte hinzu: „Wenn Sie nicht morgen früh herabsteigen, werde ich Sie ohrfeigen.“ — In diesem Augenblick kam Brizon hinzu, vereinte seine heftige Kritik mit der von Blanc und, indem er vom Wort zur Tat überging, verles die Rede von Herrn Denais einen Fußtritt in den ... Rücken.“ Das Gerücht davon verbreitete sich naturgemäß sehr rasch, aber die „Humanité“ stellt fest, daß sich niemand fand, um den Direktor der „Libre Parole“ zu verteidigen.

Herr Denais erzählte sein Abenteuer selbst in seinem Blatt und gebrauchte dabei den köstlichen Satz: „Man hat mir gesagt, daß Herr Brizon verflucht habe, mir von hinten einen Fußtritt zu geben.“ Die „Humanité“ bemerkt dazu: „Herr Joseph Denais hat ein kurzes Gedächtnis. Und dennoch hat er nicht die Vertilgung vergessen, die er versprochen hatte!“

Renaudel kommt noch in einer besonderen Notiz auf die Angelegenheit zurück. Er weist darauf hin, daß der Zwischenfall nichts als das Resultat einer seit Monaten währenden Hege der „Libre Parole“, des „Echo de Paris“ und der „Croix“ gegen die Sozialdemokratie sei. Eine Press- und Traktat-Kampagne sei eröffnet, durch die man die Sozialisten und auch die Republikaner distanzieren wolle. Sie seien diesen Versuchen gegenüber langmütig gewesen, aber sie schredten auch vor dem Kampf nicht zurück, wenn die andere Seite ihn wolle. Dieser Kampf müsse sich vor allem auch gegen den „Temps“ richten, der — offenbar aus anderen Gründen — von der Notwendigkeit rebete, aus neu über die politische Ordnung zu diskutieren. Die Sozialisten würden es bedauern, wenn diese Diskussionen die Ruhe stören würden, die die Kriegslage verlange, aber sie seien entschlossen, nicht länger Angriffe zu ertragen, die sie persönlich unbeachtet lassen könnten, aber die sie im Interesse der Zukunft aufhören machen oder zurückweisen müßten.

Der Burgfriede scheint also in Frankreich seinem Ende nahe zu sein. Und das ist gut, denn er nützt niemandem als den reaktionären Elementen, die sich unter seinem Schutze ausbreiten und überall befestigen.

### Französisch-italienische Wirtschaftsvereinbarungen.

Paris, 21. September. (W. L. B.) Meldung der Agence Havas. Die französischen Minister des Handels und der öffentlichen Arbeiten und die italienischen Minister des Handels und des Verkehrs haben ihre Veratungen über die künftige dem Warenverkehr zwischen beiden Ländern zu gewährenden Erleichterungen und über die zukünftige Entwicklung ihrer wirtschaftlichen Beziehungen abgeschlossen. Sie haben die wechselseitige Anwendung des Einfuhr-

verbotes in beiden Ländern und Maßnahmen in Aussicht genommen, die zu einer wirtschaftlichen Annäherung führen sollen. Unter diesen Maßnahmen befinden sich verschiedene Pläne für die industrielle Organisation sowie Mittel zur Verbesserung und Entwicklung aller Verbindungen zwischen beiden Ländern selbst sowie mit England und dem Orient, namentlich mit Südrussland.

### Englische Sorgen um den Mannschaftsersatz.

London, 20. September. (W. L. B.) Die „Times“ schreibt, daß eine der ersten Fragen, über die das Parlament zu beraten habe, der Mannschaftsersatz für die Armee sein werde. Es gibt sagt das Blatt, nur drei Möglichkeiten: 1. Die Erhöhung des militärischen Dienstalters auf 45 Jahre oder noch weiter. 2. Die Ausdehnung der Dienstpflicht auf Irland und 3. die Einziehung der jungen tauglichen Männer aus den militärfreien Bezirken. Die „Times“ glaubt, daß diese letztere Möglichkeit die besten Aussichten biete, obwohl auch die beiden anderen mehrere Vorteile hätten. Die Erhöhung des militärischen Alters finde die wenigsten Anhänger.

erner schreibt der militärische Mitarbeiter der „Times“: Bisher ist es in den Kriegen Regel gewesen, daß der Winter ein Nachlassen der Kämpfe mit sich brachte. Was die britische Armee betrifft, so war das hauptsächlich auf die Notwendigkeit zurückzuführen, daß man auf die Anfüllung der Munitionsvorräte achten mußte. Dieser Nachteil darf uns in Zukunft nicht mehr behindern, und man kann deshalb auch nicht sagen, daß der kommende Winter eine Zeit der Unthätigkeit sein wird. In einigen Fronten werden aber die Operationen im Winter schwierig sein, und deshalb wird die Heftigkeit der Kämpfe an den verschiedenen Fronten vermutlich doch etwas nachlassen, und werden die großen Kämpfe wahrscheinlich erst wieder im Frühjahr 1917 fortgesetzt werden. Es ist von großer Wichtigkeit, die Truppen in voller Stärke zu erhalten. Der Augenblick für eine drastische Reform der Durchführung der Dienstpflichtgeetze ist gekommen. Wenn man nicht rasch und gründlich vorgeht, so wird Deutschland uns, was die Organisation des Menschenmaterials betrifft, über sein. Von Irland kann man nur sagen, daß die Einführung der Dienstpflicht dort notwendig geworden ist, wenn wir die irischen Divisionen auf voller Stärke erhalten wollen. Wir benötigen dazu aus Irland 150 000 Mann, und wenn wir aus diesem Lande nichts bekommen, so würden wir gezwungen sein, uns anderswo nach entsprechenden Ersatztruppen umzusehen. Neue Geetze sind nicht notwendig, es sei denn, daß die Erschöpfung des Menschenmaterials aus den jüngeren Jahrgängen uns zwingt, das militärische Alter auf über 41 Jahre zu erhöhen. Wir haben 1 600 000 Mann militärischen Alters, die vom Dienst befreit sind, eine noch größere Zahl befindet sich in den Regierungsdepartementen und in der Industrie oder wird durch alle möglichen Bestimmungen vor der Einberufung in die Armee gehalten. Es kommt also darauf an, das Geetz etwas strenger durchzuführen. Es ist jetzt notwendig, das Kriegsamt gegenüber den anderen Ministerien und gegenüber den Elementen, die die strenge Durchführung des Dienstpflichtgesetzes vereiteln, zu unterstützen.

### Die Abfindung der englischen Eisenbahner.

London, 20. September. (W. L. B.) Amlich. Der Streitfall mit den Eisenbahngestellten ist beigelegt. Die Angestellten, die eine Erhöhung ihres Lohnes um zehn Schilling verlangten, erhalten eine Kriegszulage von fünf Schilling in der Woche.

### Die Unterhandlungen mit den englischen Bergarbeitergewerkschaften.

Haag, 21. September. (T. U.) Lord Milner erklärte in Unterhandlungen mit den Bergarbeitergewerkschaften, daß die Regierung daran denke, den gesamten Verkauf der englischen Kohle im In- und Ausland zu übernehmen. Die bisherige Höhe der Profite der Bergwerksbesitzer und die Bergarbeiterlöhne sollen bis zum Frieden gleichbleiben. Die Gewerkschaften erklärten sich mit dem Plan im Prinzip einverstanden, verlangten aber eine Erhöhung ihrer jetzigen Löhne angesichts der fortgesetzten Steigerung der Lebensmittelpreise in England.

### Hollands Neutralität.

Haag, 21. September. (W. L. B.) Die Erste Kammer hat den Entwurf der Antwortadresse auf die Thronrede unverändert angenommen. Es wird darin u. a. erklärt, daß die Kammer einstimmig und mit großer Genehmigung von der festen Absicht der Königin Kenntnis genommen hat, auch in Zukunft den Pflichten nachzukommen, die einer neutralen Nation durch das Völkerrecht auferlegt sind. Die Antwortadresse spricht die Ueberzeugung aus, daß das ganze niederländische Volk ebenso fest wie die Königin entschlossen sei, die Unabhängigkeit der Niederlande zu verteidigen und die Rechte des Landes gegen jedermann zu wahren.

### Die Wahlen zur Ersten schwedischen Kammer.

Stockholm, 21. September. (W. L. B.) Durch die jetzt beendeten Wahlen zur Ersten Kammer des Reichstages werden 24 Sitze besetzt. Für die Rechte ist keine Veränderung eingetreten. Die Freisinnigen verloren und die Sozialdemokraten eroberten zwei Sitze. Unter den Reuegewählten befindet sich auch der frühere radikale Marineminister im Ministerium Staaff, Larsson, unter den Rechten wieder gewählt der Sozialdemokrat Professor Steffen.

### Kleine Kriegsnachrichten.

Berlin, 21. September. (W. L. B.) Die amerikanischen Vertretungen in Rumänien haben den Schutz der deutschen Interessen in diesem Lande übernommen.

Haag, 20. September. (W. L. B.) Die in Rotterdam angekommenen holländischen Dampfer „Dixie“ und „Sindoro“ mühten ihre Post in England zurückzulassen.

Amsterdam, 21. September. (W. L. B.) Einem hiesigen Blatte wird aus London gemeldet, daß der Sohn des Ministers Henderson gefallen ist.

London, 20. September. (W. L. B.) Die Blätter melden aus Petersburg, daß eine neue inländische Krieganleihe von 800 Millionen Rubel Sielcing Ende Oktober ausgeben werden soll. Es soll eine fünfprozentige in zehn Jahren rückzahlbare Anleihe sein. Sie soll zum Kurse von 95 ausgeben werden.

Melbourne, 21. September. (W. L. B.) Meldung des Neuseeländischen Bureaus. Das Repräsentantenhaus beschloß mit 47 gegen 12 Stimmen, ein Referendum über die Einführung der allgemeinen Dienstpflicht abzuhalten.

Stockholm, 21. September. (W. L. B.) Der Geheimauschuß des schwedischen Reichstages ist zu einer Sitzung einberufen worden, die gleich nach Rückkehr der Minister Hammarskjöld und Wallenberg aus Kristiania stattfinden soll.

## Gewerkschaftliches.

### Die Berliner Gewerkschaften zur Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Die Vertreter zur Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend und die in der Berliner Kriegsbeschädigtenfürsorge tätigen Berufsberater aus den Kreisen der Arbeiterschaft waren am Montag zusammengekommen, um die Berichterstattung von dem Kongress für Kriegsbeschädigte, der Ende August in Köln getagt hat, entgegenzunehmen. In die Berichterstattung teilten sich Streiter von den christlichen Gewerkschaften, Kroll vom Deutschen Werkmeisterverband und Brückner als Vertreter der freien Gewerkschaften.

Der erste Redner betonte zunächst, daß es die Gewerkschaften waren, die als erste auf dem Gebiete der Kriegsbeschädigtenfürsorge auf den Plan getreten sind. Die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten sei von dem Reich den einzelnen Bundesstaaten überwiesen, Zentrale sei der Reichsausschuß für Kriegsbeschädigtenfürsorge, dem auch Vertreter aller Gewerkschaftsrichtungen angehören. Redner besprach weiter die Arbeiten des Kongresses, soweit diese auf dem medizinischen Gebiet liegen, die Kriegsbeschädigten, die mit einer besonderen Ausstellung auf dem Kongress vertreten war, die Sondertagung der Kriegsblindenfürsorge u. a. Eine besondere Stellung nahm in der Kriegsblindenfürsorge das von der Universität Marburg errichtete Blindenheim für Akademiker ein. Der Redner bezeichnete den von ungefähr 1500 Personen besuchten Kongress als eine der wirkungsvollsten Kundgebungen sozialpolitischer Art in den letzten Jahren bzw. während der Kriegszeit. Von den Gewerkschaften aller Richtungen waren circa 250 Vertreter auf dem Kongress anwesend. Besondere Beachtung hätten die Referate des Oberstabsarztes Dr. Rebenisch über die Organisation des Sanitätswesens und des Professors Dr. Dietrich über die Behandlung von Kriegskranken (Nerven- und Herzkrankheiten usw.) gefunden. Diese Erkrankten seien unter Umständen schlimmer daran, als die geringfügig verletzten Kriegsteilnehmer. Der Einrichtung von Invalidenheimen für dauernd sicche Soldaten wird näher getreten werden müssen.

Kroll als zweiter Redner betonte, daß die wirtschaftliche Fürsorge für die Kriegsbeschädigten leider nicht so entwickelt sei, wie die medizinische, die der erste Redner besprochen hat. Eine anderweitige gesetzliche Regelung der Fürsorge sei im Hinblick auf die Mängel im Mannschaftsverordnungsgebot durchaus geboten. Redner spricht sich für eine Angleichung auch der Invalidenfürsorge an den Reichsausschuß für Kriegsbeschädigte aus. Mit einigen Sätzen streift der Redner ferner die Frage der Landsiedlung und ist der Meinung, daß Kriegsbeschädigte in der Landwirtschaft verhältnismäßig mehr werden leisten können, als Kriegsbeschädigte der Industrie. Als besonders bemerkenswert wird von dem Redner betont, daß auf dem Kongress die Arbeitgebervertreter einen grundsätzlichen Standpunkt, wie sie sich zur Frage der Kriegsbeschädigtenfürsorge stellen, haben vermissen lassen. Das müsse als auffallend bezeichnet werden. Die Lösung der Fürsorge für Kriegsbeschädigte könne nur durch gut funktionierende Arbeitsgemeinschaften erfolgen, wie sie der Abgeordnete Legien in seinem Referat auf dem Kongress empfohlen hat. Andere Referate wären auf der Tagung dazwischen gewesen, die als Förderung der Kriegsbeschädigtenfürsorge nicht angesprochen werden können.

Als letzter Redner erörterte Brückner die organisatorische Seite der Kriegsbeschädigtenfürsorge. Die Organisation zur Lösung dieses Problems hätte zu spät eingesetzt und müsse auch, wenn eine gesetzliche Regelung einer solchen Organisation nicht komme, eine mangelhafte bleiben. Die Vorgänge die sich auf diesem Gebiete in der Provinz Brandenburg abgespielt haben, daß die Landräte der einzelnen Kreise trotz gültlicher Forderungen und Mahnungen ihres Landesdirektors jenen neuen Geist in der Behandlung der Arbeitnehmervertreter, von dem in diesen Zeiten so viel geredet werde, vermissen lasse, unterzieht Redner einer besonderen kritischen Würdigung. Ähnliches habe man in der Provinz Westfalen erlebt, wo man organisierte Arbeiter von der Organisation der Kriegsbeschädigtenfürsorge deshalb ausgeschaltet habe, weil diese Aufgabe „keine politische oder religiöse Sache sei“. So male sich in einzelnen Kreisen die Welt der Kriegsbeschädigtenfürsorge!

Um diese einseitigen Auffassungen und die an den Tag gelegte Willkür einzelner Kreise zu brechen, müsse unter allen Umständen an Stelle der heutigen auf freiwilliger Grundlage beruhenden Organisation die gesetzliche Regelung verlangt werden.

Die Referenten unterbreiteten der Versammlung diese Entschlüsse:

Die versammelten Vertreter der freien, Hirsch-Dunderschen und christlichen Gewerkschaften und der Angestelltenorganisationen und

die in der Kriegsbeschädigtenfürsorge tätigen Berufsberater schließen sich der von ihren Vertretern anlässlich der Kölner Tagung für Kriegsbeschädigte im August d. J. erhobenen Forderung auf rechtsgesetzliche Regelung der Kriegsbeschädigtenfürsorge-Organisation an. Gleich wie die oben genannten Vertreter der Organisation, die in Köln an den Verhandlungen teilgenommen haben, sind die Versammelten der Ansicht, daß

1. Arbeitnehmer und Arbeitgeber paritätisch bei der Kriegsbeschädigtenfürsorge, insbesondere bei der Unterbringung der Kriegsbeschädigten mitzuwirken haben;
2. eine gesetzliche Regelung der Rentenversorgung der Kriegsteilnehmer und der Versorgung der Hinterbliebenen nach sozialen Gesichtspunkten herbeigeführt wird;
3. die Kriegsbeschädigtenfürsorge ihre Tätigkeit auch auf die ohne Versorgung entlassenen, an der Gesundheit Geschädigten und im Kriege Erkrankten ausgedehnt wird;
4. die örtlichen Fürsorgestellen für Kriegsbeschädigte enge Verbindung mit den nicht gewerkschaftlichen Arbeitsnachweisen suchen, um so die Unterbringung von Kriegsbeschädigten ohne Schwierigkeit vollziehen zu können.

An den Orten jedoch, wo Arbeitsgemeinschaften der Arbeitnehmer und Arbeitgeber einzelner Industrien bestehen, sind diese bei der Arbeitsvermittlung zunächst heranzuziehen.

Die Berichte lassen erkennen, daß es noch in einer ganzen Reihe von Orten an einer durchgreifenden Fürsorge für die Kriegsbeschädigten unter Mithilfe der Arbeitnehmer und Arbeitgeber mangelt. Die Versammelten rühten daher an den Reichstag und Bundesrat das dringende Ersuchen, die rechtsgesetzliche Regelung der Organisation für Kriegsbeschädigte, als auch die Bestimmungen über die Rentenansprüche nach sozialen Gesichtspunkten umzugestalten.

In der Diskussion wurden von einem Redner die Mängel in der Kriegsbeschädigtenfürsorge der Stadt Berlin geschildert. Die Entschliessung wurde von der Versammlung einstimmig angenommen.

### Berlin und Umgegend.

#### Das Nachtbrotverbot.

Ob das Verbot der Nachtarbeit in den Bäckereien auch nach dem Kriege in Geltung bleiben wird oder nicht, das ist eine Frage, die nicht nur für die Angehörigen des Bäckergewerbes, sondern auch für das konsumierende Publikum großes Interesse hat. Wie sich der Bäckerverband zu dieser Frage stellt und was er getan hat, um seinen Standpunkt zur Geltung zu bringen, darüber machte Hejlschold am Mittwoch in einer Mitgliederversammlung des Bäckerverbandes folgende Ausführungen.

Als das Verbot der Nachtarbeit erlassen wurde, haben wir betont: Wenn das Verbot nur eine Kriegemaßnahme sein und mit dem Ende des Krieges wieder verschwinden soll, dann würde das für uns ein schwerer Schaden sein. Wir hatten es für notwendig, daß die Nachtarbeit in unserem Gewerbe durch Gesetz dauernd beseitigt wird. Diesem Standpunkt haben wir durch einen Versammlungsbeschluß im Januar 1915 Ausdruck gegeben. Anfangs schien es, als ob unser Wunsch, den auch die Mehrheit der Bäckmeister teilt, erfüllt werden sollte. Am 28. August 1915 beschäftigte sich die Haushaltskommission des Reichstages mit dieser Angelegenheit und erklärte sich für die Schaffung eines Gesetzes, welches die Nachtarbeit dauernd verbietet. Der Vertreter der Reichsregierung stellte sich ebenfalls auf diesen Standpunkt, und was noch bedeutsamer ist: Staatssekretär Delbrück erklärte, daß die preussische Regierung in dieser Frage einer Meinung mit der Reichsregierung sei. — Diese Erklärungen der Regierungsvertreter ließen uns glauben, daß die Nachtarbeit im Bäckergewerbe nun endlich für alle Zeit begraben sei. Doch an demselben Tage, wo sich die Haushaltskommission des Reichstages für die dauernde Beseitigung der Nachtarbeit erklärte, ging dem Reichstage eine Petition des Germania-Innungsverbandes zu, welche die Wiedereinführung der Nachtarbeit nach dem Kriege forderte. Die Regierung hatte zum 15. September 1915 eine Konferenz von Arbeitgebern und Arbeitnehmern des Bäckergewerbes einberufen, die sich gutachtlich äußern sollte über einen Gesetzentwurf, der die Nachtarbeit dauernd verbietet. Ueber die einzelnen Bestimmungen des Entwurfs, besonders über das Maß der Ruhezeit gingen die Meinungen zwar etwas auseinander, in der Hauptsache aber war die Konferenz darin einig, daß die Nachtarbeit dauernd verboten bleiben soll.

Wir glaubten, nun würde dem Reichstage bald eine dem Standpunkt der Konferenz entsprechende Gesetzbörilage unterbreitet werden. Aber es geschah nichts. Seit dem 15. September 1915 ist in dieser Frage vollständige Ruhe eingetreten. Ich habe mich dann, um näheres über den Stand der Angelegenheit zu erfahren, an Erzengel Caspar gewandt, der mir eine Audienz bewilligte. Erzengel Caspar meinte, die Meister ständen auf einem anderen Standpunkt als die Gesellen, sie sagten, ihre im Felde stehenden Verufsangehörigen seien für Verbehalten der Nachtarbeit. Ich sagte dagegen, nicht 3 Proz. aller Bäder seien Anhänger der Nachtarbeit. Als Erzengel Caspar erwiderte: Wenn man das nur wählte, hat ich ihn, beim Kriegsministerium dahin zu wirken, daß uns gestattet werde, die im Heere stehenden Angehörigen des Bäckergewerbes zu befragen, ob sie für oder gegen die dauernde Beseitigung der Nachtarbeit sind. Die Umfrage ist uns gestattet worden. Das Teilergebnis derselben, welches wir kürzlich veröffentlicht haben, geht dahin, daß sich von etwa 7000 Gesellen etwa fünf und von etwa

6000 Meistern über 200, im ganzen noch nicht 1 Prozent für die Verbehalten der Nachtarbeit erklärt haben. Man kann sich hiernach also nicht mehr darauf berufen, daß sich im Bäckergewerbe selbst eine Mehrheit für die Nachtarbeit finde.

Inzwischen hatte der Abgeordnete Bauer in der Haushaltskommission und der Abgeordnete Siebel im Plenum des Reichstages die Regierung interpelliert, wie es denn mit dem uns in Aussicht gestellten Gesetzentwurf stünde. Staatssekretär Richter sagte, während des Krieges könne eine so durchgreifende Maßregel, wie die dauernde Beseitigung der Nachtarbeit, nicht eingeführt werden. Das ist eine Konzession an die Gegner der Nachtarbeit. Sie haben Zeit gewonnen und können nun alle Hebel in Bewegung setzen, um auch ihr Spiel zu gewinnen. Ich fürchte, die Führer der Bewegung, die uns zur Nachtarbeit zurückbringen will, werden leider das Spiel gewinnen. Nur wenn wir jederzeit auf dem Posten sind, kann ihre Absicht vielleicht noch vereitelt werden.

Für die dauernde Beseitigung der Nachtarbeit sprechen nicht nur die Interessen der Bäckereiarbeiter, sondern auch Gründe allgemeiner Natur. Ein Gesichtspunkt, der vor allem für die Konsumenten Bedeutung hat, ist der, daß eine saubere, hygienisch einwandfreie Herstellung der Backware bei Tagesarbeit in viel höherem Grade gewährleistet ist als bei Nachtarbeit.

Angefaßt der Menschenopfer, welche der Krieg verursacht, wird die Frage der Bevölkerungsvermehrung lebhaft erörtert. Die Erleichterung der Eheschließung wird empfohlen. Nun, wer den Bäckergesellen die Eheschließung erleichtern will, der muß für Abschaffung der Nachtarbeit eintreten. Mit der Nachtarbeit steht und fällt der Kost- und Logiszwang. Wird die Nachtarbeit abgeschafft und damit alles beseitigt, was den sozialen Aufstieg der Bäckergesellen hindert, dann wird sich die Lebenslage der Bäckergesellen heben, die älteren Gesellen werden nicht mehr aus dem Beruf fliehen, sondern bleiben, und es wird bald ebenso viele verheiratete Bäckergesellen geben wie verheiratete Arbeiter in anderen Berufen. Die verheirateten Bäckergesellen werden auch zur Hebung des Berufes beitragen, denn die Erfahrung hat gelehrt, daß der verheiratete Arbeiter im allgemeinen tüchtiger und zuverlässiger ist als die ganz jungen Leute, die im Bäckergewerbe in sehr großer Zahl beschäftigt werden.

Alle diese Gründe sprechen für die dauernde Beseitigung der Nachtarbeit. Jetzt ist Gelegenheit gegeben, diese Frage zu lösen. Wer den sozialen und kulturellen Fortschritt will, der muß uns helfen, daß die Frage der Nachtarbeit in unserem Sinne gelöst werde.

Ueber die Arbeitsgemeinschaften im Bäckergewerbe zur Unterbringung der Kriegsteilnehmer machte Schneider der Versammlung folgende Mitteilungen. Der Verbandsvorstand hat im Februar 1916 mit dem Verband der Konsumvereine ein Abkommen getroffen, wonach die zurückkehrenden Kriegsteilnehmer wieder in ihren früheren Stellungen mit Gewährleistung der erworbenen Rechte beschäftigt werden sollen. — Ein ähnliches Abkommen ist im März mit den Berliner Großfabrikanten abgeschlossen. — Ferner hat sich der Verbandsvorstand in der Angelegenheit der Kriegsteilnehmer an alle für das Bäder- und Konditorgewerbe bestehenden Unternehmervereinigungen gewandt. Infolgedessen ist ein Abkommen mit dem Germania-Innungsverband zustande gekommen, wonach die Kriegsteilnehmer auf den Arbeitsnachweisen den Vorzug haben und diejenigen, welche sich bei ihren früheren Arbeitgebern melden, soweit es möglich ist, wieder eingestellt werden sollen. Zur Durchführung dieses Abkommens werden paritätische Bezirksämter eingerichtet, über denen als Oberinstanz ein Zentralamt steht. — Diesem Abkommen hat sich auch der Verband der Großfabrikanten Deutschlands angeschlossen. Die Arbeitgeberorganisation der Konditoren hat eine sympathische Erklärung für das Abkommen abgegeben, ist ihm aber nicht beigetreten. Die Vereinigung deutscher Zuckerwaren- und Schokoladefabrikanten hat das Schreiben des Bäckerverbandsvorstands nicht einmal beantwortet.

Die Versammlung erklärte durch Annahme einer Resolution, daß sie mit der Gründung der Arbeitsgemeinschaften sowie mit den in dieser Hinsicht zutage tretenden Bestrebungen des Verbandes einverstanden ist, nur aber auch von allen Unternehmern und deren Organisationen erwartet, daß sie diese Bestrebungen des Verbandes ehrlich und freudig unterstützen.

#### Teuerungszulage in der Kürschnerbranche.

In der letzten Mitgliederversammlung erstattete Frie Bericht von den Verhandlungen betreffs Teuerungszulagen. In der Hutmüllereiindustrie ist die Bewegung bis jetzt noch zu keinem Resultat gelangt.

Dagegen konnte in der Pelzbranche fast durchweg eine Zulage von 5-20 Proz. erreicht werden.

## Aus der Partei.

### Sozialdemokratische Kundgebungen.

Im Wahlkreis Bochum-Welsenkirchen-Gattungen-Witten fanden an den letzten Sonntagen in neun Orten sozialdemokratische Kundgebungen statt, die durchschnittlich gut besucht waren. Das Thema in allen Versammlungen lautete: „Das deutsche Volk und der Krieg“. Redner waren Reichstagsabgeordneter König, Redakteur Bredendek und Parteisekretär Kilpich, Dortmund, sowie Redakteur Salzmann, Verbandssekretär Stuhmeier und Privatsekretär Bindau-Bochum. Weitere vier Versammlungen finden an den nächsten Sonntagen noch statt. (z)

Man kann sein Geld nicht zweckmäßiger und bei gleicher Sicherheit nicht gewinnbringender anlegen als durch Beteiligung an der Kriegsanleihe. Der eigene Vorteil verbindet sich hier aufs glücklichste mit dem Vorteile des Vaterlandes.

Chronik des Weltkrieges.

22. September 1914.

Westlicher Kriegsschauplatz: Ein französischer Angriff zwischen Souchez und Neuville wurde abgeschlagen. In der Champagne machten deutsche Patrouillen erfolgreiche Vorstöße bis zur dritten feindlichen Linie.

Ostlicher Kriegsschauplatz: Südwestlich von Dünaburg brachen die deutschen Truppen in die russischen Stellungen in einer Breite von 3 Kilometer ein und machten 2000 Mann zu Gefangenen.

Russische Stellungen beiderseits der Bahn Brest-Litowsk-Minsk wurden von österreichischen Truppen erstürmt und 1000 Gefangene eingebracht.

In Ostgalizien und Wolhynien ist die Lage unverändert.

22. September 1915.

Westlicher Kriegsschauplatz: Bei dem Bombardement von Reims wurde nach französischer Darstellung von der deutschen Artillerie auch der Dom von Reims beschossen. Von deutscher Seite wird demgegenüber erklärt, daß in dieser Beziehung allein die Franzosen die Schuld tragen, die Reims zur Festung und zu einem Stützpunkt von ihrer Verteidigungsstellung gemacht haben.

Das deutsche U-Boot „U 9“ hat am Morgen des 22. September etwa 20 Seemilen nordwestlich von Hoel van Holland die drei englischen Panzerkreuzer „Abulir“, „Hogue“ und „Creffig“ zum Sinken gebracht. Die drei versenkten Schiffe hatten eine Wasserverdrängung von je 12200 Tonnen und je 775 Mann Besatzung.

Mehrheits- und Kartoffelpolitik.

Vom Genossen Kaliski erhalten wir mit der Bitte um Veröffentlichung folgende Zusendung:

Genosse Otto Braun, Mitglied des Parteivorstandes, schreibt, weil ich ihm auf die Fühneraugen getreten habe. Seinen Schmerz, den er gestern hier in dem Artikel „Ein ganz objektiver“ niedergelegt hat, weiß ich zu würdigen. Aber leider ließ ihm die stiltliche Entrüstung über meine Untat nicht Raum und Zeit, auch noch zu verraten, was mein Aufsatz in den „Sozialistischen Monatsheften“, der ihn in so lebhafte Bewegung versetzte, über die von ihm vertretene Mehrheits- und Kartoffelpolitik eigentlich sagt. Als Ersatz für diese Bemühung begnügt er sich mit der famos orientierenden Bemerkung: „Da das Wenige, das er (Kaliski) sachlich anführt, bereits in der „Deutschen Tageszeitung“ besser und ausführlicher zu lesen war und von mir im „Vorwärts“ bereits zurückgewiesen wurde, kann ich es mir ersparen, darauf eingehender zu antworten.“

Ich muß also ein wenig nachholen, um den Lesern des „Vorwärts“ das zu geben, was Braun ihnen vorenthielt. In einer Untersuchung der Frage, was zur Einberufung der Reichskonferenz geführt hat, schrieb ich u. a.:

„Länger als ein Menschenalter sind mit nicht zu unterschätzender Energie die Fragen der Lebensmittelpolitik lediglich von dem Standpunkt der Agitation behandelt worden. Da liegt es nur zu nahe, daß die agitatorisch so erfolgreiche Methode nicht mit einem Schlag aufgegeben wird, selbst wenn man sachlich zu besserer Ansicht gelangt ist. Der Gewissenhaftigkeit des Volkswirtes und Politikers stellt sich der Gewohnheitstrieb des Agitators entgegen. Hier ist der Ausgangspunkt für die Politik zu finden, die zur Reichskonferenz geführt hat.“

Von Anfang an ist in den „Sozialistischen Monatsheften“ vor der Gefahr einer agitatorischen Behandlung der Ernährungsfragen gewarnt worden. Die Partei ging in dem alten Gleise, ohne ein anderes Ergebnis zu erzielen, als daß in den kritischen Studien der Lebensmittelpolitik mit wenig tauglichen Mitteln betrieblich fortgewurstelt wurde. Die relative Besserung, die erst nach der Errichtung des Kriegsernährungsamts eintrat, wäre sicherlich früher zu erreichen gewesen, wenn statt parteipolitischer Kontroversen die Lebensmittelpolitik zum Gegenstand der Zusammenarbeit unserer großen wirtschaftlichen Korporationen oder Richtungen gemacht worden wäre. Alles, was hier über diese Dinge, über Kartoffelpolitik, Massenabschlachtung von Schweinen, Höchstpreise, Bedarfssicherung, Massenpeisung, Verteilungsregelung usw. gesagt wurde, hatte den Zweck auf eine sachliche Orientierung der Sozialdemokratie hinzuwirken und brauchbare Lösungen zu zeigen, die im Gegensatz zu der üblichen Parteiparoxysmen außerdem den Vorzug hatten, mit den Forderungen des Sozialismus übereinzustimmen.

Schlummer noch als die Macht der Tradition, die eine erfolgreiche Betätigung der Partei auch auf diesem Gebiet verbindete, war die Reizung der Mehrheit durch eine forcierte Agitation in den Fragen der Lebensmittelpolitik ihre Einbuße an Radikalismus in der Gesamtpolitik wettzumachen.“

Alsdann erlaubte ich mir in der Tat die Kartoffelpolitik des Genossen Braun als falsch und bedauerlich zu bezeichnen. Diesem Urteil schickte ich folgende Schilderung des Tatbestandes voraus:

„In den ersten Augusttagen dieses Jahres hatte man in einer ganzen Reihe von Großstädten ein Ueberangebot von Frühkartoffeln. Durch den Bundesrat war schon im März ein hoher Satz als Höchstpreis für Frühkartoffeln angesetzt worden, um zu einem möglichst starken Frühkartoffelanbau anzuregen. Begünstigt durch die Bitterung wurde der Preis erreicht, und wir bekamen eine starke Ernte an Frühkartoffeln, die 8 oder 6 Tage hindurch vielfach überflüssig an den Markt kamen, zum Teil auch deshalb, weil das Wetter die Erntezeit zusammenbrachte. Das Angebot wurde ferner (und auch das geschah planmäßig) dadurch gefördert, daß man eine Preisabsenkung schuf. Um zu einer möglichst frühen Anlieferung anzuregen, war eine fallende Preisstala vorgesehen worden: ein System, das gegen die Zurückhaltung von Produkten vorher von vielen Seiten gefordert worden war. Nun entstanden aus der sehr starken Lieferung von Frühkartoffeln mögliche Zustände; die Verteilungsorganisation erwies sich nicht gerade als vortrefflich, die leicht verderblichen Frühkartoffeln konnten an manchen Orten nicht rechtzeitig verteilt werden, verdarben und wurden für Ernährungszwecke unbrauchbar. So bedauerlich diese Vorgänge waren, die Schuld daran kann unmöglich den Erzeugern zuerkannt werden, abgesehen von einzelnen Ausschreitungen, die gewiß nicht ohne schwere Folgen für die Schuldigen bleiben werden.“

Zuerst betrug der Preis für Frühkartoffeln 10 M. für den Zentner, markweise erfolgte dann die Ermäßigung nach der erwöhnlichen Skala. In der Welt, wie sie einmal beschaffen ist, haben Erzeuger von Frühkartoffeln ganz nach der Art anderer Menschen sich bemüht, den besten Preis zu erzielen. Wer, gleichviel in welcher Klasse, wäre so edel und gut, daß er als Kartoffelproduzent nie die besten Preise mitnehmen, sondern stets danach gehen würde, seine Kartoffeln möglichst schnell zu verkaufen? Aber weil die Menschen nun nicht alle

von jener Selbstlosigkeit erfüllt sind, wie sie Otto Braun anscheinend postuliert, durfte er, besonders wenn er auf politisches Verantwortlichkeitsgefühl Wert legte, am wenigsten aus diesem Anlaß den „nackten Eigennutz“ der Landwirtschaft anklagen. Nebenbei mußte Braun, da er Sachkunde für sich in Anspruch nimmt, wissen, daß die Frühkartoffeln nur einen sehr kleinen Teil der Kartoffelernte darstellen. Schon dieser Umstand hätte ihn veranlassen müssen, seine agitatorischen Uebertreibungen etwas zu zügeln.

Wir glaubt Braun Mangel an Verständnis für die Entbehrungen der konsumierenden Bevölkerung nachzulegen zu können, während er für sich selbst das Verständnis natürlich in hohem Maße in Anspruch nimmt. Schöpste Braun seine Informationen nicht allein aus dem „Vorwärts“, so hätte es ihm sicher nicht entgehen können, daß ich seit Beginn des Krieges den größten Teil meiner Arbeitskraft in den Dienst der Lebensmittelversorgung gestellt habe. Die Maßnahmen zur Sicherung der Volksernährung, die ich später als unwirksam und sogar schädlich erwies, habe ich bekämpft, als es noch Zeit war, bessere Wege einzuschlagen. Genosse Braun kann dieses Zeugnis für sich nicht beanspruchen. Man hat mich beschimpft, als ich im Winter 1914/15 in das un sinnige Geschrei über Kartoffelnot und Schweineüberschuß nicht einstimme. Damals hat die Agitation der Leute, denen Braun folgte, zur Kartoffelpolitik mit wilder Preistreiberei und zu der unverantwortlichen Massenabschlachtung von Schweinen geführt. Heute noch leiden wir unter der Herrlichkeit dieser Politik. Auf dem Gebiete der Massenspeisung, der Fleisch-, Gemüse- und Obstversorgung vertrat ich seit Jahr und Tag die Forderungen, deren frühere Erfüllung Millionen unseres Volkes eine billigere und bessere Ernährung gebracht hätte. Im Gegensatz zu Braun hielt ich es nicht für ausreichend, sich mit allgemeinen Forderungen, langen Resolutionen und Gelegenheitsreden zu begnügen, weil ich es durch Tatsachen als bewiesen ansah, daß durch derlei Mittel die Beschaffung und Verteilung von Lebensmitteln nicht geregelt, die notwendige organische Verbindung zwischen Erzeugern und Verbrauchern nicht hergestellt, die Produktion nicht erhöht werden kann. Zusammenfassend sagte ich am Schluß meines Artikels in den „Sozialistischen Monatsheften“:

„Unentschiedenheit in der Fortsetzung der Politik vom 4. August hat zur Reichskonferenz geführt. Was kann diese bedeuten? Nur sehr wenig, wenn sie zu weiter nichts da wäre als dem Parteivorstand und der Mehrheit der Fraktion Dedung für die Politik des 4. August zu geben, ohne daß zugleich bestimmt unrichtige Grundlinien für die weitere Politik vorgezeichnet würden. Man muß endlich die Tatsache erkennen, daß sich der Radikalismus nicht teilen läßt, daß man sich ihm entweder ganz verschreibt oder die Wege einer positiven sozialistischen Politik beschreitet, die sich nicht in der bloßen Anerkennung der selbstverständlichen Pflicht zur Landesverteidigung erschöpft. Entfaltung der Produktivkräfte und Schutz der Produktion muß das Leitmotiv aller Ziele und Handlungen einer Partei des Sozialismus sein. Diese Orientierung wird uns vor grundloslosem Handeln und wechselvollen Zufällen schützen. Möge deshalb die Reichskonferenz diesen Weg als die konsequente Fortsetzung des 4. August der Partei zur Pflicht machen. Viel ist bereits versäumt, vieles schlecht gemacht worden. Doch rückwärtende Vorwürfe haben nur dann einen Sinn, wenn sie mit dem festen Entschluß verbunden sind, nun an die wirkliche Arbeit zu gehen. Noch ist es dazu nicht zu spät.“

Otto Braun, der diese Zeilen gelesen hat, erzählt den Lesern des „Vorwärts“, ich erblicke in der Politik vom 4. August ein Bekenntnis zur agrarischen Interessenpolitik. Er spekuliert damit auf Vorstellungen bei unseren Parteigenossen, die sich aus Redewendungen und Denklogiken der Agitation ergeben. Ich stelle ihm anheim, für die Kennzeichnung meiner Stellungnahme zur Karartfrage auf die von mir oft geschriebenen und gesprochenen Worte zu verweisen, daß die Landwirtschaft nicht das Interesse von einigen hundert Großgrundbesitzern, sondern eine Angelegenheit der Nation ist. Julius Kaliski.

Politische Uebersicht.

Diplomatie und demokratische Kontrolle.

In einem Artikel über die Notwendigkeit eines „Reichskriegsrats“ aus Vertretern der verschiedenen Parteien stellt der nationalliberale Abgeordnete Dr. Böttger im „Scherlischen Tag“ die zurzeit herrschenden Ansichten über die Berufsdiplomatie einander gegenüber:

„Die Demokratie behauptet direkt, daß die großpolitischen Akten und die kriegerischen Verwicklungen durchweg dem ver steigerten Ehrgeiz weniger, einer Handvoll Diplomaten und Kapitalisten ihre Entstehung verdanken, und sie verlangt daher ein Mitbestimmungsrecht des ganzen Volkes, volle Offenheit aller Wandnisse und Staatsverträge. Dadurch allein würden nach und nach die Hochspannungen beseitigt, würde der Ausgleich der berechtigten Wünsche der verschiedenen Völker erreicht und mit internationalen Schiedsgerichten der Rest der Streitigkeiten friedlich aus der Welt geschafft werden können.“

Es verstehe sich von selbst, meint Dr. Böttger, daß diese Ansichten bei der herrschenden Schule der Staatsmänner durch aus keinen Glauben finden.

Diese Hochmänner weisen vielmehr darauf hin, daß sich die Behandlung internationaler Streitfragen im abgeklärten Raume staatsmännischer Diplomatie viel erfolgreicher vollziehe als auf dem offenen Markte der Presse, Parlamente und Versammlungen, wo die Parteimänner und Volkstribunen das Wort führen und sich an die Leidenschaften der Massen wenden, wo Temperament und Schlagwörter höher im Kurswerte als Besonnenheit und Sachkenntnis stehen, und wo die zur Siedebühne gesteigerte Erregung, nationale Eiferlust und das Prestigebedürfnis viel schwerer zu einem Verzicht und Zurückgeben, zum lächeln Abwarten des geeigneten Augenblicks zu bewegen sind als in den Kabineten und Fürstengemächern. Das Höchstmaß persönlicher Verantwortung ist nach ihrer Meinung viel eher von einem Monarchen, Präsidenten, Minister als von einer Volksversammlung oder von einem von Parteien zerfallenen Parlament zu verlangen. Die wahre Verantwortung kennt nur der einzelne, nicht aber eine geistig noch so hochstehende Majorität.“

Herr Dr. Böttger schließt sich dieser Auffassung nicht ausdrücklich an, er meint aber doch, es sei jedenfalls Tatsache, daß auch in demokratisch oder parlamentarisch regierten Ländern immer nur ein ganz enger Kreis von verantwortlichen Personen die auswärtige Politik in allen Teilen kennt und beherrscht und daß die Volksvertretungen nur einen kleinen Ausschnitt zu sehen bekommen. Das trifft sicherlich zu, bestätigt aber nur die Richtigkeit jener Forderung der Demokratie, daß die Geheimdiplomatie abgeschafft und die

auswärtige Politik unter demokratische Kontrolle gestellt werde. Auch in den parlamentarisch regierten Ländern. Denn der Weltkrieg hat es mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß die Staatsform die geschilderten Grundübel nur wenig berührt. Hier muß in allen Ländern eine durchgreifende Umgestaltung einsehen, eine Reform an Haupt und Gliedern, gegen die Palliativmittelchen wie der vorgeschlagene „Reichskriegsrat“ zu einem lächerlichen Nichts zusammenkrumpfen.

Erziehung der Sozialdemokratie und preussisches Wahlrecht.

In einem Artikel des „Scherlischen Tag“ über die Reichskonferenz fällt der freikonservative Politiker Otto v. Jeditz ein Urteil über die Mehrheit und die Minderheit in der Partei, das den gestern hier wiedergegebenen Dratsprüchen der „parlamentarischen Seite“ der „Post“ ähnlich sieht, wie ein Ei dem anderen. Es unterliegt für Herrn v. Jeditz keinem Zweifel, daß das Wort des Reichskanzlers, wonach die Bezeichnungen national und antinational aus den politischen Kämpfen fortan auscheiden, auf die Sozialdemokraten von der Richtung des „Vorwärts“ keine Anwendung finde.

Der dem Banner der Internationale trotz alledem noch ebenso folgt wie vor dem Kriege, hat die Bezeichnung „national“ verwirft. Ebenso wenig kann, wer unseren Staat und unsere Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung grundsätzlich negiert und auf deren Umsturz hinarbeitet, nicht als voll- und gleichwertiger Staatsbürger angesehen und behandelt werden. Darüber wird ernstlich ein Zweifel nicht bestehen können. Anders natürlich die Sozialdemokraten, welche dem Standpunkt vom 4. August 1914 voll treu bleiben. Sie nehmen keine Ausnahmestellung in bezug auf das Vaterland mehr ein und haben daher den Anspruch auf gleiche Behandlung wie die anderen Staatsbürger. Dabei wird es von wesentlicher Bedeutung sein, ob sie bei grundsätzlich antimonarchischer und sozialistischer Ueberzeugung gleichwohl praktisch auf dem Boden unserer Staats-, Wirtschafts- und Rechtsordnung mitzuarbeiten entschlossen sind. Darauf allein kommt es an.“

Dagegen ist Herr v. Jeditz so gültig, das Verlangen des konservativen Abgeordneten v. Dewitz-Raugard, die Sozialdemokratie solle sich von ihren politischen Grundanschauungen aus der Zeit vor dem Kriege lösen, bevor sie als gleichberechtigt anerkennen sei, als weit über das Ziel hinauschiehend zu bezeichnen. Eine solche Taktik könnte verhängnisvoll werden, angesichts der Tatsache, daß die vom „Vorwärts“ hauptsächlich mit dem Wortwurf arbeiten, die vom 4. August 1914 seien von den allein seligmachenden Grundätzen des unverfälschten Marxismus abgefallen.“ Selbstverständlich würden Bestrebungen, die sich gegen die Monarchie und die Grundlage unserer Rechtsordnung richten, aufs Schärfste zu bekämpfen sein. Indessen brauche man sich bei positiver Mitarbeit auf dem Boden unseres Staates durch ein alldem mehr platonisches Wellentnis zur Republik und zum Sozialismus nicht mehr beirren zu lassen, als wenn solche Theorien auch in bürgerlichen Kreisen vereinzelt hervortreten.

Nach diesem lieblichen Geständnis beschäftigt sich Herr v. Jeditz auch mit der innerpolitischen Reorientierung, insbesondere mit der Reform des preussischen Wahlrechts. Unter keinen Umständen komme natürlich eine Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen in Betracht, inessen werde man einer Uenderung des bestehenden preussischen Wahlrechts nicht ablehnend gegenübersehen können, da man dadurch nicht nur die Geschäfte der sozialdemokratischen Richtung des „Vorwärts“ besorgen, sondern auch ernstlich Gefahr laufen würde, die konservative Sache schwer zu schädigen. Daß eine Reform des preussischen Wahlrechts komme, sei sicher, möge man sich auch noch so sehr gegen den Gedanken sträuben.

Arbeiten die Konservativen positiv an einer dem politischen Bedürfnis entspringenden Wahlreform mit, so werden sie auf deren Gestaltung einen sehr starken Einfluß üben können, verlagten sie dagegen ihre Wirtwirkung, so wäre eine stärkere Demokratisierung des Wahlrechts die unabwendbare Folge. Nichts könnte unseren Demokraten besser passen, als wenn die Konservativen sich hier selbst ausschalteten. Der Fall liegt gerade so, wie bei der Novelle zum Vergesetz nach dem großen Zustand im Ruhrgebiet.“

Dieses freundliche Jureden an die Adresse der Konservativen entspringt also bei Herrn v. Jeditz ausschließlich dem Wunsch, für die „konservative Sache“ soviel herauszuholen, wie es bei der gegenwärtigen Situation nur möglich ist. Als Symptom der inneren Unsicherheit der rechtsstehenden Kreise ist diese Haltung des mit einer guten Nase für politische Zeitströmungen ausgerüsteten Herrn v. Jeditz sehr bezeichnend. Indessen wird man gerade diesen „ehrlichen Maltern“, die ihre Reformeindrücke unter der Maske angeblichen Entgegenkommens verbergen, schärfer auf die Finger sehen müssen, als den ausgesprochenen, offenen Gegnern einer jeden politischen Reform.

Eine Zurückweisung.

Zu der Forderung der „Kreuzzeitung“ und der „Deutschen Tageszeitg.“, daß in diese ganze Kriegführung gegen Herrn v. Tirpitz durch eine rücksichtslose amtliche Untersuchung hineingeleuchtet und gegen die Schuldigen mit aller Schärfe vorgegangen werde“, veröffentlicht die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ folgende offizielle Note:

„Wie liegt die Sache? In einem Privatgespräch, das Professor Valentin mit Professor Cohnmann geführt hat, hat sich Valentin zur Abwehr befügt, auch die Wahrhaftigkeit des Herrn v. Bethmann Hollweg anzuweisen der Vorwürfe gegen die Politik des Reichskanzlers auf unrichtige Angaben bezogen, die tatsächlich über die Zahl der verfügbaren U-Boote im Umlauf waren, und dabei fälschlich diese Angaben auf den Groh Admiral v. Tirpitz zurückgeführt. Wie aus dem von Prof. Cohnmann veröffentlichten Briefwechsel zwischen dem Groh Admiral v. Tirpitz und dem Reichskanzler bekannt ist, hat dieser in seiner Antwort auf die Beschwerde des Herrn v. Tirpitz loyal anerkannt, daß die amtlichen Zahlen des Groh Admirals mit denen übereinstimmten, die der Staatssekretär v. Capelle später gegeben hat.“

Um das Verlangen nach einer Untersuchung zu rechtfertigen, wird nun behauptet, es lände ein planmäßiges Freiden gegen den Groh Admiral v. Tirpitz statt. Dies ist eine ganz willkürliche Behauptung, der nichts anderes zu Grunde liegt als der bekannte sachliche Gegenlay in der Frage der Führung des U-Boot-Krieges. Wenn dabei in verächtlicher Weise angedeutet wird, amtliche Kreise beteiligten sich an einer Kampagne der Verdächtigung gegen den Groh Admiral v. Tirpitz, so weisen wir diese Versuche, die Stimmung erneut zu vergiften, mit aller Schärfe zurück.“

Steuerprobleme.

Freiherr v. Jeditz untersucht im „Tag“ die künftige Gestaltung des Steuerwesens im Reich und in den Einzelstaaten. Von

bornherein lehnt er es ab, daß das Reich das Einkommen zur Besteuerung heranziehe; diese Steuer müsse unbedingt den Einzelstaaten belassen werden. Ein Blick auf Preußen zeige, daß der Kriegszuschlag hier bei Einkommen von 100 000 M. und mehr bereits 100 Proz. für die Einzelperson erreicht und bei steuerpflichtigen Erwerbseinkünften noch darüber hinausgehe. Dabei sei es schon heute gewiß, daß die Mehreinnahme von 100 Millionen Mark zur dauernden Aufrechterhaltung des Gleichgewichts im Staatshaushalt nicht ausreiche. Der Bedarf der Einzelstaaten ist durch den Krieg ganz enorm gesteigert worden und man werde um eine Erhöhung der Steuerlaste und den progressiven Ausbau der Vermögenssteuer sicher nicht herumkommen. Dazu komme die bei der Verlagerung der Gemeinden mit Kriegsfürsorgeausgaben unausbleibliche starke Steigerung der Kommunalzuschläge. Soweit das Reich den Besitz heranziehen könne, empfehle sich das nur für den Ausbau der Erbschaftsteuer. An Verbrauchssteuern lämen neben solchen auf den Luxusverbrauch Erhöhung und Erweiterung der Getränkesteuern in Betracht. Die starke Preissteigerung der Kriegszeit beweise, daß hier der Verbrauch eine Weiterbelastung sehr wohl vertrage. Wie mit Tabak und Zigarren zu verfahren sei, müsse die Erfahrung mit den zuletzt beschlossenen Steuererhöhungen lehren. Die Schutzölle seien zwar keine Finanzquelle im engeren Sinne. Mit diesen Einnahmen sei aber zu rechnen, und deshalb sei in Bezug auf ihre Aushebung oder Ermäßigung große Vorsicht geboten. Entwicklungsmöglichkeiten biete die Umsatzsteuer. Von Fabrikationsmonopolen sei abzurufen, ungleich mehr empfehle sich Handelsmonopole, insbesondere ein Einfuhrmonopol für Getreide und Futtermittel. Wenn aber alle diese Quellen in Anspruch genommen werden, sei man immer noch nicht sicher, daß das Reich die Summe bekomme, die es nach dem Kriege brauche. Deshalb werde man auch dazu übergehen müssen, unsere Kraftquellen besser nutzbar zu machen, und hier wird derweise auf unsere Bodenschätze an Stein- und Braunkohlen, andererseits an unsere hauptsächlichsten Exporterzeugnisse von Kraft, Licht und Wärme, Elektrizität und Gas. Freiherr v. Joditz verspricht sich trotzallem eine Verbilligung der Versorgung des ganzen Landes mit Heiz-, Leucht- und motorischer Kraft gegenüber den jetzt möglichen niedrigsten Preisen. Die sachgemäße Verwirklichung dieser Gedanken erfordere freilich ein nicht gewöhnliches Maß von Können und entschlossener Kraft, aber das sei auch die unerlässliche Vorbedingung für die Lösung der Riesenaufgaben der Ordnung der Reichsfinanzen selbst.

Daraus geht zunächst hervor, daß höchstens der Ausbau der Erbschaftsteuer konzipiert werden soll, alle anderen Lasten aber sollen auf den Verbrauch gelegt werden, und zum Verbrauch in diesem Sinne darf wohl auch der Bedarf an Gas, Elektrizität und Heizstoffen gerechnet werden. Dieses Programm entspricht so ziemlich dem, das Staatssekretär Dr. Geisler einmal im Reichstage in kurzen Umrissen angedeutet hat; wobei noch immer in Frage steht, ob der Widerstand der Konfessionen gegen den Ausbau der Erbschaftsteuer überwunden werden kann.

**Parlamentarische Besprechungen im Auswärtigen Amt.**  
Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Jagow gedenkt noch vor der Reichstagssitzung vertrauliche Besprechungen mit den Führern der politischen Parteien abzuhalten. Wie die „Post“ mitteilt, wird die freikonservative Partei durch die Abg. Frhr. v. Camp und Frhr. v. Joditz vertreten sein.

**Wirtschaftskonferenz.**  
In der nächsten Zeit findet unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Dr. Helfferich eine Konferenz statt, die sich mit den Fragen der deutschen Uebergangswirtschaft und der für sie anzufordernden finanziellen Mittel befassen soll. An dieser Konferenz nehmen teil: die bekannten sechs Wirtschaftsverbände, Vertreter des Deutschen Handelstages, des Landwirtschaftsrates, des Handwerks- und Gewerbelammtages und des Kriegsausschusses der deutschen Industrie.

**Beratungen über den deutsch-österreichischen Zolltarif.**  
Wie die „Tägl. Rundschau“ erfährt, sind in dieser Woche zwischen den deutschen und österreichisch-ungarischen Vertretern die Verhandlungen wieder aufgenommen worden, die in der Hauptsache der Sicherstellung eines gemeinsamen Zolltarifs gelten. Diese Verhandlungen sind schon seit Monaten im Gange; zuerst haben sie in Berlin, dann in Wien stattgefunden. Jetzt wird wieder in Berlin verhandelt. Die Beratungen waren sehr schwierig und gingen nur sehr langsam vor sich. Immerhin ist es bisher gelungen, den größeren Teil der Arbeiten zu vollenden. Bei dem guten Willen, der auf beiden Seiten vorhanden ist, und bei der Notwendigkeit, etwas Brauchbares zustande zu bringen, ist anzunehmen, daß die jetzigen Beratungen zu der Lösung der Aufgabe führen werden.

**Bundesratsbeschlüsse.**  
Berlin, 21. September. (W. Z. V.) In der heutigen Sitzung des Bundesrats gelangten zur Annahme:  
Der Entwurf einer Bekanntmachung über das Verfahren vor den außerordentlichen Kriegsgerichten, der Entwurf eines Gesetzes betreffend den Landtag für Elsaß-Lothringen, der Entwurf eines Gesetzes über die Verlängerung der Legislaturperiode des Reichstages, die Vorlage betreffend die Kontingentierung der ohne Steuerzuschlag bestellbaren Hindwarenmengen für das Betriebsjahr 1916/17 und der Entwurf einer Bekanntmachung über den Gang von Antragsbürgeln.

**Der § 9b des Belagerungszustandsgesetzes.**  
Berlin, 21. September. (W. Z. V.) Nach der heute erlassenen Bundesratsverordnung über das Verfahren vor den außerordentlichen Kriegsgerichten können diese Gerichte bei Zuwiderhandlungen gegen § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand auf Antrag des Berichterstatters ohne mündliche Verhandlung die Sache an den ordentlichen Richter verweisen. Dadurch wird ermöglicht, minder schwere Verfehlungen dieser Art durch Strafbefehl des Amtsrichters zu erledigen.

**Unter dem Belagerungszustand.**  
Die durch den Belagerungszustand bedingte Handhabung des Vereins- und Versammlungswesens, hat die Liberalen zu einer Tat aufgerufen. Die Polizei in Halle, hat den Liberalen verboten, in geschlossenen Vereinsversammlungen die Ernährungsfragen zu besprechen. Auf erhobene Beschwerden hat Minister von Loebel entschieden, daß die Polizei bei ihrem Verbot der Erörterung von Ernährungsfragen inmitten der Versammlungen von Vereinen von einer mißverständlichen Auffassung höherer militärischer Anordnungen ausgegangen sei, und daß der Regierungspräsident Veranlassung genommen habe, die Angelegenheit klarzustellen. (2)

**Burgfriedliche Wahlen.**  
Am 13. Oktober finden im Großherzogtum Oldenburg Landtagswahlen statt. Im Herzogtum und im Fürstentum Lüneburg ist nun zwischen den Parteien ein Abkommen getroffen worden, nach welchem unter Wahrung des Burgfriedens der bisherige Bestand der Parteien gesichert wird. Ein gleiches Abkommen dürfte auch im Fürstentum Birkenfeld zustande kommen, so daß die Parteien in ihrer bisherigen Stärke wieder in den oldenburgischen Landtag einziehen.

## Das tägliche Brot.

### Zur Wildschaden- und Kartoffelpreisfrage.

Am 21. September. (W. Z. V.) Der Reichstagsbeirat des Kriegsernährungsamts hat sich in seiner Sitzung vom 18. September 1916 auch mit der Frage der Wildschadenverhütung beschäftigt. Die bisher zur Verhütung von Wildschäden in den einzelnen Bundesstaaten getroffenen Maßnahmen wurden dargelegt. Als Uebelstand wurde es bezeichnet, daß nach verschiedenen Landesrechten, insbesondere nach der preussischen Jagdordnung, der Jagdberechtigte im Eigenjagdbezirk nicht zwingend zum Wildschaden abgehalten werden kann. Als unzulässig wurde es ferner bezeichnet, daß gegenwärtig noch Kartoffeln oder andere zur menschlichen Ernährung oder als Viehfutter in Betracht kommende Stoffe an Wild vertrieben werden.

Es herrschte Einmütigkeit dahin, daß diese Mißstände beseitigt werden müssen. Allseits wurde gewünscht, daß die stellvertretenden Generalkommandos, wo nötig, auf Grund der ihnen nach dem Gesetz über den Belagerungszustand zustehenden außerordentlichen Machbefugnisse alsbald die erforderlichen Anordnungen treffen möchten.

Von einem Teil der anwesenden Abgeordneten wurde weiter eine Bundesratsverordnung auf Grund des § 8 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen vom 4. August 1914 gefordert, die die Jagdpolizeibehörden allgemein ermächtigt, Wildschäden auch in Eigenjagdbezirken durch Anordnung des zwingendsten Abschusses zu verhüten.

Außerdem wurde in der Verlesung auch die Frage der Kartoffellieferungen an die Bedarfsverbände beraten. Auf einmütigen Wunsch des Beirats hat der Präsident des Kriegsernährungsamts die Bundesregierungen gebeten, Anordnungen zu treffen, daß bei der ab 1. Oktober bewilligten Zuschußleistung für diejenigen Gemeinden, die den Kartoffelpreis auf 4,75 M. und 5,50 M. für den Zentner festsetzen, die mit der Prüfung der Zuschußforderungen betrauten höheren Verwaltungsbehörden auf Antrag jetzt bereits erklären, ob die den Gemeinden nach ihrer Berechnung erwachsenden, durch die Preise von 4,75 M. und 5,50 M. nicht gedeckten Ausgaben als begründet und als erstattungsfähig anerkannt werden. Die Gemeinden sollen die Sicherheit haben, daß ihnen ihre durch diese Preise nicht gedeckten Unkosten tatsächlich in der entsprechenden Höhe erstattet werden.

## Aus Industrie und Handel.

### Verkehr mit Schmierseife.

Berlin, 21. September. (W. Z. V.) Bekanntlich ist seit dem 1. September 1916 der Verkauf von Schmierseife auf Seifenkarten unterlagert. Vielfach besteht die irrthümliche Auffassung, daß damit gleichzeitig der Absatz von Schmierseife überhaupt unmöglich geworden sei. Dem ist nicht so. Schmierseife darf nach wie vor zu technischen Zwecken an Inhaber von Bezugsscheinen abgegeben werden, deren Ausstellung entweder durch den Kriegsausschuß für Oel und Fette in Berlin oder durch die zuständige Ortsbehörde erfolgt sein muß. Solche technischen Verwendungen sind beispielsweise der Verbrauch zu textildindustriellen Zwecken, zu Zwecken der Metallbearbeitung und dergleichen; dagegen erteilt der Kriegsausschuß keinerlei Bezugsscheine zum Erwerb von Seifen zwecks Umarbeitung derselben in sogenannten gestreckten Kriegseisenfaser oder in Seifenpulver, dessen Zusammensetzung nicht den für R.-A.-Seifenpulver geltenden Vorschriften entspricht. Auch die Ortsbehörden sind nicht berechtigt, für diesen Zweck an Gewerbetreibende Bezugsscheine abzugeben.

## Deutscher Armenpflegekongress.

Aus den Verhandlungen des Armenpflegekongresses seien noch zwei Referenten hervorgehoben.  
Verwaltungsdirektor Dr. Blum (Straßburg i. E.) sprach über die öffentliche Armenpflege nach dem Kriege.

Die militärischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse werden einen kürzeren Uebergangszustand bedingen, der es bedenklich erscheinen läßt, die öffentliche Armenpflege mit der Fürsorge zu betrauen. Es gilt außerdem, planmäßig die Entlastung der Gemeindegeldern durchzuführen und ein wohlgeordnetes Netz von Arbeitsnachweisen über das Reich auszubreiten. Dazu ist einige Forderung der Regierung mit sozial gesicherten Persönlichkeiten erforderlich: ein Reichssozialrat aus geeigneten Vertretern der geplanten Maßnahmen zu beauftragen, ein Reichskommisariat für Uebergangsfürsorge hat für den Ausgleich von Härten bis zur Wiedererlangung der Friedensverhältnisse einzutreten. Ferner muß die künftige Stellung der Armenpflege geändert und durch eingehende soziale Sonderfürsorge ergänzt werden, die seit 1881 eingerichtet, aber noch nicht genügend ausgestaltet ist. Wer unverschuldet bedürftig wird, ist in Anpassung an seine bisherige Lebensstellung zu unterstützen, die Anstaltsfürsorge für Gebrechliche ist auszubauen und zu erweitern. Ein Reichsarmenrat hat die in Betracht kommenden Gruppen näher zu bestimmen. Wer aus eigenem Verschulden in Not gerät, kann nur den Rotbedarf für seinen Unterhalt beanspruchen und muß den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte über sich ergehen lassen. (1) Bei allgemeinen Notständen (Ueberschwemmungen, Wintern u. dgl.) tritt die öffentliche Armenpflege in angemessener Weise ein. Ihre Organisation bedarf des Umbaus durch Entlastung leistungsschwacher, kleiner Verbände mit Hilfe größerer Zweckverbände und durch stärkere Betonung der amtlichen Armenpflege, wenn ihr auch die ehrenamtlichen Kräfte zur Seite stehen, ein Gegenwärtiges bilden und ergiebigen Einfluß üben; hierbei ist der Dienst der Frauen von hervorragender Bedeutung. Ihnen und der Arbeiterkassen ist bei der Leitung des Armenwesens maßgebende Mitwirkung einzuräumen. Die Hervorhebung der sozialen Fürsorge und der Armenunterstützungen ist durch dieselben Persönlichkeiten im Einzelfalle durchzuführen, damit keine Zersplitterung eintritt. Die Hauptsache ist, daß die Armenpflege fortan ein Zweig der sozialen Fürsorge wird. Der Krieg hat hierfür die Augen geöffnet; die Erreichung dieses Zieles wird deshalb trotz aller Schwierigkeiten in absehbarer Zeit möglich sein.

Dr. Siegfried Kraus (Frankfurt a. M.) berichtete über die Kriegshinterbliebenenfürsorge und die öffentliche Armenpflege.

Bekanntlich ist bei der Unterstüfung der Hinterbliebenen die Armenpflege im allgemeinen ausgeschaltet, aber es entspricht vielfachen Wünschen, ihre Organe bei der Durchführung in geeigneter Weise zu beteiligen, und es gilt, die Schwierigkeiten zu überwinden, die diesem Gedanken entgegenstehen. Bei der Schmälerung der politischen Rechte und bei der Vermehrung nach dem Rotbedarf ist dies möglich, bei der Eigenart des Empfanges öffentlicher Unterstüfungen aber muß man Rücksicht auf berechtigende Empfindungen nehmen, um eine entwürdigende Wirkung zu vermeiden. Für junge, aufstrebende Personen darf die öffentliche Armenpflege nicht eingreifen; andere Gruppen sind möglichst nach der wirtschaftlichen Seite zu beeinflussen. In feineren Ausführlungen wie Dr. Kraus auf die Schwierigkeit der Unterstüfung der einzelnen Gruppen von Hinterbliebenenfamilien hin, wobei die geforderte Behandlung der Geschwister in geeigneten Fällen gefordert wurde. Man muß regelmäßig prüfen, wie sich ohne den Krieg der wirtschaftliche Verlauf der Dinge gestaltet hätte, und ob schon vorher dauernde Bedürftigkeit vorlag. Nur hierdurch lassen sich bei der Handhabung Unzuträglichkeiten vermeiden.

Landesrat Dr. Horion (Düsseldorf) behandelte die Kriegsbefähigtenfürsorge und die öffentliche Armenpflege.

Um den Einfluß der Fürsorge zu erkennen, bedarf es der Abgrenzung des Personenkreises der Kriegsbefähigten; dabei ist zwar eine wohlwollende Auslegung angebracht. Im allgemeinen gibt aber der Bezug einer Militärrente den nötigen Anhalt, obwohl von

manchen Seiten auch die Berücksichtigung der Erkrankten ohne Rente empfohlen wird. Als Kriegsbefähigtenfürsorge gilt die Gesamtheit aller Einrichtungen, die zur Hilfe bestimmt sind. Es hat sich in einzelnen Fällen nicht vermeiden lassen, daß zunächst die Armenpflege ergänzend eingreift, daß aber diese Maßregel nur als vorläufige gilt und einen Erstattungsanspruch gegen die Militärbehörde gibt. Die Kriegsbefähigten gehören daneben mit in erster Reihe zu den Teilnehmern an der Kriegswohlfahrtspflege, deren Mittel ihnen verfügbar sind. Die soziale Fürsorge beschränkt sich nicht auf die Hebung der Erwerbsfähigkeit, sondern sie sucht auch in anderer Weise zu helfen. Das Zusammenarbeiten der Privatwohlfahrt mit den amtlichen Stellen der Kriegsbefähigtenfürsorge ist dringend zu befrachten, um Mißbräuche zu verhindern. Die vorhandenen Einrichtungen bieten keine unbedingte Gewähr für die Ausschaltung der Armenpflege. Einmütigkeit herrscht jedoch darüber, daß dieses herabwürdigende Ergebnis verhütet werden muß. Das Hauptmittel hierfür ist eine entsprechende Gestaltung des Rentenverfahrens und eine ausgiebige Vermehrung der Militärrente. Es entspricht dem Volksempfinden, unter Ablehnung des Gedanken des Schadenersatzes dem Kriegsbefähigten eine angemessene Geldrente zu gewähren, die mindestens den armenrechtlichen Notbedarf deckt. Eine Abgrenzung danach, ob die Rente auf der Kriegsbefähigung oder auf anderen Gründen beruht, ist nicht zu umgehen. Die endgültige Regelung ist nur im Wege der Gesetzgebung unter Berücksichtigung der Deduktionsfrage möglich. Möge es gelingen, die Kriegsbefähigten möglichst in der Erwerbsfähigkeit zu heben und als vollberechtigte Glieder der menschlichen Gesellschaft wieder einzuweisen!

Nach einer ausgedehnten Debatte, in der u. a. Stadtrat Dofflein (Berlin) darauf hinwies, daß eine Abflutung der Unterstüfung je nach der Art des Verschuldens undurchführbar ist, wie der Hinweis auf die Anstaltsfürsorge erkennen läßt, und daß Verbehalten der ehrenamtlichen Mitarbeiter der Armenpflege unter allen Umständen wünschenswert ist, wurde der Antrag des Bürgermeisters Dr. Zuppe (Frankfurt) folgender Beschluß einstimmig von den Vereinsmitgliedern der Verammlung angenommen:

Die Verammlung erlucht den Vorstand, bei den Regierungen derjenigen Bundesstaaten, welche das Reichsgesetz vom Jahre 1909 über die Einwirkung der Armenunterstüfung auf öffentliche Rechte für ihren Bereich noch nicht eingeführt haben, dringlich dahin vorstellig zu werden, diesen Schritt nummehr zu tun.

## Soziales.

### Im Dienst des Unternehmers verunglückt.

Mit schlichten Worten, die eingegeben waren von dem Verunglückten, daß er für sein gutes Recht streite, trat ein Kläger vor der Kammer 3 des Gewerbegerichts seine Lebensgeschichte vor. Er war als Bruchmeister in einer dem Unternehmer Niesel gehörenden Steingrube bei Grünberg in der Mark beschäftigt. Bei der Arbeit erlitt er einen Unfall, der ihn 41 Wochen an das Krankenhaus festsetzte. Infolge der Kriegsverordnungen hat die Betriebskrankenkasse ihre Leistungen soweit eingeschränkt, daß der Kläger nur für die erste Woche der Krankheit eine Geldunterstützung erhielt. Während der folgenden Zeit hatte er nichts weiter als die Verpflegung im Krankenhaus. Der Unfall hatte für den Kläger die furchtbare Folge, daß ihm das verbleibende Wein abgenommen werden mußte. Mit einem künstlichen Bein verließ er das Krankenhaus. Zwar ist dem Kläger die volle Unfallrente zugesprochen, aber sie ist von dem Tage ab, wo er das künstliche Bein erhielt, auf 70 Prozent herabgesetzt worden. Der Kläger versicherte, es sei gar nicht daran zu denken, daß er durch die Anlegung des künstlichen Beines, welches er am 1. September erhielt, schon 80 Prozent seiner Erwerbsfähigkeit wieder erlangt haben solle. Er habe sich bis jetzt erst so mangelhaft an den Gebrauch des künstlichen Beines gewöhnt, daß er keinerlei Erwerbsarbeit ausüben könne.

Vom Beklagten Niesel beantragte der Kläger Zahlung des Lohnes für sechs Wochen. Er berief sich darauf, daß er eine leitende Tätigkeit in der Grube ausgeübt habe, also zu den Personen gehöre, die nach der Gewerbeordnung im Falle der Erkrankung Anspruch auf Fortzahlung des Lohnes für sechs Wochen haben. — Der Beklagte erklärte dagegen, daß er geschäftsmäßig, er habe den Lohn bis zum Tage des Unfalls bezahlt und damit seine Verpflichtung dem Kläger gegenüber erfüllt. Weitere Ansprüche habe der Kläger nicht. Denn seine Tätigkeit sei nur die eines Schichtmeisters gewesen, er gelte also als Arbeiter im Sinne der Gewerbeordnung. Nach einem Ausschuss in der Grube sei die Kündigung ausgeschlossen. Mit der Erkrankung sei das Arbeitsverhältnis beendet gewesen. — Der Beklagte brachte einen Zeugen dafür bei, daß die Leitung der Steingrube und des mit ihr verbundenen Schotterwerks einem Vorfürer obliegt, dem auch der Kläger unterstellt war.

Das Gericht kam hiernach zu der Ansicht, daß der Kläger nicht als Angestellter in leitender Tätigkeit anzusehen sei. Die Klage wurde deshalb abgewiesen.

Der Beklagte Niesel hatte schon während der Verhandlung — wie man es in solchen Fällen fast immer hören kann — sich auf sein Prinzip berufen und betont, daß die Geldfrage für ihn keine Rolle spiele. Er habe ja für seine im Geete stehenden Arbeiter schon 15 000 M. Unterstüfung gezahlt, aber freiwillig. Abtroken lasse er sich nichts. Nachdem das Urteil verkündet war, fühlte Herr Niesel wohl wieder eine Regung seines guten Herzens. Er bot dem Kläger, falls dieser auf die Berufung verzichte, ein Geschenk von 30 M. an. Das lehnte der Kläger ab mit den Worten: „Herr Niesel, Sie sind ein Millionär und ich bin ein armer Schlucker. Aber ich will von Ihnen nichts geschenkt haben.“ — Nun schlug der Vorsitzende vor, der Beklagte möge mit Rücksicht auf den Unfall, den der Kläger in der Grube erlitten hat, ein Drittel der Forderung, nämlich 60 M., zahlen. Der Kläger erklärte sich bereit, auf die Berufung zu verzichten, wenn er die Hälfte seiner Forderung bekäme. Aber der Beklagte lehnte beide Vor schläge ab und sagte, über 30 M. gehe er nicht hinaus. Er werde auch in der Berufungsinzanz, wo er ja einen Anwalt habe, mit seinem Prinzip durchdringen.

### Um einen leeren Zementfaß.

Eine ganze Reichsmark war der Wert des Streitgegenstandes in einem Prozeß, den ein Maurer gegen die Baufirma Heilmann u. Lippmann vor dem Gewerbegericht führte. Der Maurer trug sein Werkzeug in einem alten Zementfaß heim. Da behauptete der Polier, der Saß gehöre der Firma, der Maurer habe ihn entwendet. Der Maurer versicherte, der Saß sei sein Eigentum, er habe ihn vor vier Jahren von seinem damaligen Arbeitgeber erhalten und bemähe ihn seitdem für sein Werkzeug. Der Polier verlangte trotzdem die Herausgabe des Saßes. Der Maurer verweigerte sie. Deshalb wurde ihm als Wert des angeblich entwendeten Saßes eine Mark vom Lohn abgezogen, die er jetzt im Klagewege forderte. Der Polier, der die beklagte Firma vor Gericht vertrat, wollte seine Behauptung damit beweisen, daß ein Schlag auf den fröhlichen Saß eine Wolke von Zementstaub entwickelt habe, er müsse also ein der Firma gehöriger Zementfaß sein. Ein Saß, der jahrelang zum Einpacken von Werkzeug benutzt worden wäre, könne keinen Zementstaub mehr enthalten. Der Kläger, der jetzt Soldat ist, hatte den Gegenstand des Streites mit zur Stelle gebracht. Durch einen leichten Schlag mit der Hand entlockte er dem Saß eine leichte Staubwolke und bemerkte erklärend: Das ist kein grauer Zementstaub, sondern weißer Kalkstaub, der dem Werkzeug anhaftet und sich dem Saß natürlich mittel. — Dagegen meinte der Polier: Das soll mal chemisch untersucht werden, dann wird sich zeigen, daß es frischer Zementstaub ist. — Nachdem der Vorsitzende dem Polier bedeutet hatte, daß die Angaben des Klägers — der einen glaubwürdigen Eindruck machte und versicherte, er streite um die Erhaltung seines ehelichen Namens — wohl nicht widerlegt werden könnten, zahlte der Polier, ohne erst ein Urteil abzuwarten, dem Kläger die Mark, womit der Streit um den Zementfaß erledigt war.

# Aus Groß-Berlin.

## Vorsicht beim Empfang der Lebensmittelkarten!

Wenn die Lebensmittelkarten von den Hauswirten oder ihren Vertretern unter die Hausbewohner verteilt werden, muß jeder Empfänger quittieren. Jeder sollte dabei gut aufpassen und vor der Düttungserteilung sich genau überzeugen, ob er auch alle ihm zukommenden Karten erhält. Hat er erst mal quittiert, dann sind Nachforderungen fehlender Karten schwer durchzuführen, wenn der Hauswirt die volle Kartenmenge abgegeben zu haben glaubt. Im Norden Berlins ist der Inhaber eines kleinen Ladengeschäfts das Mißgeschick widerfahren, daß sie nach einer Kartenlieferung die nicht mitgelieferten Zuckerkarten an einem Sonnabend zu einer Zeit überbracht worden, wo in ihrem Laden gerade ein paar Kunden warteten. Da hatte sie nicht lange hingesehen, sondern rasch quittiert. Auf ihre später vorgebrachte Beschwerde wegen Fehlens der Zuckerkarten konnte die Wirtin nur antworten, sie habe keine Karten mehr, alle seien richtig abgeliefert worden. Wahrscheinlich sind, ohne daß die Wirtin es merkte, die Karten in unrichtige Hände geraten, die ihre Beute nicht herausgeben. Die Wirtin machte bei ihrer Prokurmission und danach auch bei der Zuckerverteilungsstelle den Versuch, einen Ersatz für die ihr entgangenen Zuckerkarten zu erhalten. An beiden Stellen gab man ihr den Bescheid, sie solle sich an die Hauswirtin wenden. Hiernach müßte die bebauernswürdige Familie, in der auch Kinder sind, viele Wochen hindurch den Zucker vollständig entbehren? Das ihr bleibende Saharin ist kein Nahrungsmittel und kann den Zucker nicht ersetzen.

## Die Preisentwicklung der Zwiebeln.

Ueber die Preisgestaltung der Zwiebeln hat vor einiger Zeit in der Reichshauptstadt eine Sachverständigen aus verschiedenen Erzeugungsgebieten eine Besprechung stattgefunden, bei der auch die Reichshauptstadt für Gemüse und Obst vertreten war. Von einigen Seiten wurde damals ein den Ernteaussichten angemesseneres Fallen der Zwiebelpreise in Aussicht gestellt und die Einführung von Höchstpreisen, wenigstens zurzeit, für überflüssig erachtet. Inzwischen scheint auch auf dem Zwiebelmarkt die Spekulation einzusetzen, so daß die Frage der Einführung eines Höchstpreises in ernste Erwägung gezogen werden muß.

Die Reichshauptstadt für Gemüse und Obst wird mit einigen Sachverständigen die Entwicklung der Preise und des Handels dauernd verfolgen, damit gegebenenfalls rechtzeitig eingegriffen werden kann. Auf etwaige Spekulationsläufe kann dann keinerlei Rücksicht genommen werden.

## Die Verkehrs-„Tarifreform“.

Während alle Beteiligten in der vom Verbandsdirektor aufgestellten Frage der Vornahme einer Verkehrs-Tarifreform im Groß-Berliner Straßenbahnverkehr eine durch die Verhältnisse gebotene Zurückhaltung üben und die kommenden Erörterungen im Unterausschuß des Verbandsausschusses abwarten, veröffentlicht die Potsdamer Handelskammer eine programmatische Erklärung zu dieser Frage. Die Erklärung enthält in keinem Punkte Neues, wiederholt lediglich die höchst ansehnlichen Ausführungen der Denkschrift des Verbandsdirektors. Die Notwendigkeit einer Tarifierhöhung durch Einführung des erhöhten Einheitsstarifes, noch dazu in der jetzigen Zeit, wird auch durch diese Erklärung nicht bewiesen. Die schon in der Denkschrift enthaltene Betonung der Arbeiterinteressen und die mit ihnen begründete Weisung, daß die jetzt gültigen billigen Arbeiter-Zeitkarten kann noch erst gewürdigt werden, wenn berücksichtigt wird, daß die Einnahme aus Arbeiter-Wochenkarten im Betriebsjahr 1915 61.733 M. betragen haben gegenüber einer Gesamteinnahme von 42.058 408 M.

## Zur Beschlagnahme der Fahrradbereifungen.

Am 11. d. M., Berlin, 21. September. (W. L. W.) Zur Beschlagnahme der Fahrradbereifungen macht das Oberkommando in den Marken folgendes bekannt: Nach der am 12. Juli d. J. veröffentlichten Verfügung betr. Beschlagnahme und Bestandserhebung von Fahrradbereifungen, waren die Anträge auf Befassung der Summibereifung unverzüglich zu stellen. Obwohl die erwähnte Bekanntmachung, also auch die Beschlagnahme der Fahrradbereifungen bereits am 12. August in Kraft getreten ist, gehen immer noch Anträge auf Genehmigung zur Benutzung der Summibereifung ein. Das Oberkommando hat in entgegenkommender Weise die bis zum 15. September eingegangenen Anträge und Beschwerden einer Prüfung unterzogen, kann aber die nach diesem Zeitpunkt gestellten Anträge nicht mehr berücksichtigen. Die Antragsteller derartiger verspäteter Anträge und Beschwerden haben eine Bescheidung nicht zu erwarten.

## Unermittelte Seereschiffe.

Eine neue Aufklärungsmöglichkeit über das Schicksal von Seereschiffen bietet die Verlage zur Verlustliste, die jetzt etwa jeden Monat erscheint. Es werden darin die Nachlässe von unbekannt Gefallenen beschrieben, etwa vorhandene Bilder dargestellt. Die Liste enthält vieles, das dazu dienen kann, die Namen von unbekannt Verstorbenen oder die Erben der Nachlassenden zu ermitteln. Es gibt aber immer noch breite Wollschichten, denen die Liste unbekannt ist. Viele wissen auch nicht, wie sie eine gefundene Spur weiter verfolgen sollen. Wenn an die Nachlassstelle des Kriegsministeriums geschrieben wird, muß die in der Liste enthaltene Geschäftsnummer angegeben werden. Bei den Nachlässen liegt vor allem eine Menge von Uhren, deren Nummer zur Ermittlung des Verbleibenden führen kann. Sollten sich die Angehörigen die Nummer nicht gemerkt haben, so werden sie diese durch eine Nachfrage bei dem Uhrmacher, bei dem die Uhr feinerzeit gekauft ist, feststellen können. Auch auf die Einzeichnungen in den Ringen, Abzeichen auf Brief- und Zigarettenstücken sei aufmerksam gemacht. Die geringe Arbeit wird hinreichend belohnt sein, wenn den Angehörigen Gewißheit über einen Vermißten vermittelt werden kann.

Die Rückkehr zur Sommerzeit am 1. Oktober macht im Fernverkehr folgende Verschiebungen u. a. notwendig. Der wichtige Nachtzug von Berlin nach Hamburg geht vom Lehrter Bahnhof 11.38, der Gegenzug von Altona 11.09. Ebenso geht der Zug von Köln erst 11.38 nach Hamburg und Kiel und der Zug von Altona nach Frankfurt a. M. erst 10.45, während der Abendzug von Kiel 8.42 nach Hamburg von dort weiter 11.41 nach Köln abgeht. Nach Zurückstellung der Uhren auf die mitteleuropäische Zeit fahren die Züge planmäßig weiter nach der Zeit, wie sie im Winterfahrplan vorgesehen ist. Der Zug von Frankfurt nach Hamburg geht dagegen planmäßig 8.50 nach der Sommerzeit ab. Er hat aber in Cassel einen Aufenthalt von 63 Minuten, so daß er im Winterfahrplan weiter verkehren kann.

## Waschmittelbezug der Wäschereien.

Auf Grund der am 21. Juli erfolgten Neuregelung des Verkehrs mit Seife und Waschmitteln darf bekanntlich zum Reinigen der Wäsche an das Publikum auf Seifenkarte nur noch Seifenpulver abgegeben werden. Diese Bestimmung findet sinngemäße Anwendung auch auf den Waschmittelbezug

der Wäschereien. Es ist in Anbetracht des herrschenden Seifenmangels leider nicht möglich, den Wäschereien weiter Seife zur Verfügung zu stellen, sondern die Wäschereien müssen sich ebenfalls mit Seifenpulver behelfen. Der Kriegsausbruch für Dele und Fettsäure in Berlin erteilt deshalb grundsätzlich an Wäschereien keine Seifenbezugscheine, sondern nur Bezugscheine für Seifenpulver. Auch die zur Erteilung von Bezugscheinen für kleine Betriebe zuständigen Ortsbehörden sind nicht berechtigt, für Wäschereizwecke Seife freizugeben, sondern dürfen nur an Waschanstalten ausschließlich Bezugscheine für Seifenpulver ausgeben.

## Vom Sparzwang für Jugendliche.

Der seit April 1916 eingeführte Sparzwang für Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr hat bei der Menge der in Betracht kommenden jugendlichen Arbeitskräfte bereits sehr erhebliche Sparsummen angehäuft. Bekanntlich werden, von Ausnahmen in Notfällen abgesehen, nur 21 M. vom Wochenlohn und ein Drittel des Ueberflusses ausgezahlt. Der übrige Verdienst ist unmittelbar durch den Arbeitgeber an eine öffentliche Sparkasse abzuführen. Nach einer Aufstellung der „Volksischen Zeitung“ sind allein bei der Berliner Sparkasse rund 33 400 Sparguthaben für Jugendliche mit einem Gesamtbetrag von 1 200 000 M. eingerichtet worden. Einzelne Sparkonten sollen schon jetzt die Höhe von annähernd 1000 M. erreichen, wobei es sich wohl nur um seltenen günstigen Verdienstsfall handelt. Nach vorliegenden Zahlen, die anscheinend aus magistratischer Quelle stammen, beträgt der Durchschnitt des einzelnen Sparguthabens, noch dazu auf einen Zeitraum von mehr als vier Monaten verteilt nur etwa 35 Mark! Dies ist wohl ein schlagender Beweis dafür, wie unsinnig das Gerede von dem „unerhört großen Verdienste der Jugendlichen“ ist. Bei der neu eingerichteten Zwangs-Sparabteilung des Berliner Magistrats sind bis jetzt rund 20 800 Anträge auf Auszahlung von Spargeldern wegen gesetzlicher Unterhaltungsspflicht und nachgewiesenen Bedürfnisses der Jugendlichen eingegangen, wovon nur 802 Anträge abgelehnt wurden. Aber auch unter Hinzurechnung dieser dem Sparzwang entzogenen Beträge bleibt der Durchschnittsverdienst der Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahre weit hinter den in der Öffentlichkeit verbreiteten Phantasiezahlen zurück.

## Das Ende des Dramas in der Annenstraße.

Der Hausdiener und Pförtner Schröder, der seine Frau und sein Kind mit dem Rasiermesser umbrachte, hat bei Grünau auch seinem eigenen Leben ein Ende gemacht. Er legte sich dort auf ein Eisenbahngleis und ließ sich von einem Zuge überfahren. Bei dem Toten fand man eine Wilsenkarte, auf deren Rückseite er mit Bleistift geschrieben hatte, er sei Schröder aus der Annenstraße zu Berlin, der seine Frau und sein Kind getötet habe. Der Fundort der Leiche befindet sich zwischen Grünau und Eichwalde.

Daß Schröder im Einverständnis mit seiner Frau gehandelt hat, geht jetzt klar aus Briefen hervor, die sowohl die Frau als auch er hinterlassen haben. Schröder ist mehrmals vorbestraft. Sein Vorleben war seiner Frau und deren Angehörigen nicht bekannt. Es mußte aber jetzt aus Anlaß der neuen Anklage gegen ihn ans Licht kommen, und Schröder scheint sich schon vor der Verhandlung seiner Frau offenbart zu haben. Deshalb spricht sie in einem Briefe an ihre Schwester wohl auch von einem Unglücksfall. Die Tat war sorgfältig vorbereitet. Die Leute hatten Forderungen von ihren Schuldnern eingezogen und dort, wo sie geborgt hatten, ihre Schulden bezahlt. Das hatte sich wohl gerade so ausgegeben, denn in der Wohnung fand man nur noch 25 Pf. Daß Schröder von vornherein die Absicht hatte, sich das Leben zu nehmen, deutet auch der Umstand an, daß er seine Uhr und Kette in der Wohnung zurückgelassen hat.

**Kleine Nachrichten.** Der Schüler Willi Pech auch Kopp genannt, am 23. Januar 1908, Berlin, geboren, Johanniststr. 3, bei den Eltern wohnhaft gewesen, wird seit dem 8. d. Mts. vermißt. Er ist etwa 1.20 Meter groß, kräftig, hat rundes, volles Gesicht und blondes Haar, am Fingerspitzen der rechten Hand fehlt der Nagel. Bekleidet war er mit blauer Schirmmütze, braunem Jacketanzug und ohne Fußbekleidung. Wahrscheinlich trägt er eine Schultasche bei sich. — Im Friedrichshain erhängt hat sich der 72 Jahre alte Invalide Karl L., der in der Höchststraße bei seinem Sohne wohnte. Als man ihn in einem Gebüsch auffand, war er schon tot. Der Greis war schon längere Zeit kränzlich.

# Aus den Gemeinden.

## Eintragung in die Zuckerkundenliste in Charlottenburg.

Um denjenigen Charlottenburger Einwohnern, die nach dem 20. August 1916 nach Charlottenburg zugezogen sind, die Anmeldung in das Kundenverzeichnis der Zuckereinhandlung zu erleichtern, werden solche Zugezogene, die sich im Besitz einer Zuckerkarte aus Berlin, Wilmsdorf, Schöneberg, Neutölln, Lichtenberg, sowie aus den Kreisen Riedersdorf und Zeltow befinden, ersucht, bei ihrer zuständigen Prokurmission den Umlauf dieser Zuckerkarten gegen Charlottenburger Zuckerkarten zu bewirken. Diejenigen Einwohner Charlottenburgs, die bei der Zuckerverbestandsaufnahme seiner Zeit einen größeren Bestand angemeldet hatten und denen infolgedessen die Zuckerkarte für eine entsprechende Zeit entzogen werden mußten, sowie diejenigen, die ihre Zuckerkarte verloren haben, erhalten auf ihren Antrag auf den Charlottenburger Prokurmissionen eine Bescheinigung, auf Grund deren sie in die Kundenliste eingetragen werden können. Als Ausweis haben alle vorgenannten Personen der zuständigen Prokurmission die roten Nahrungsmittelkarten, sowie die polizeiliche Zugangsmeldung vorzulegen.

## Obstmarkt in Neutölln.

Der erste märkische Obstmarkt findet nach einer Vereinbarung der städtischen Behörden mit der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg Montag, den 9. und Dienstag, den 10. Oktober d. J. in der Turnhalle in der Boddinstraße statt.

## Gemeindevertreterwahl in Friedrichshagen.

Die letzte Sitzung beschloß sich besonders mit dem Nachvertrag der Kriegesche. Der Betrieb hat bisher immer größeren Umfang angenommen, so daß der fünfte Kessel in Betrieb genommen werden mußte. Es macht sich daher notwendig, die bisher innegehaltenen Räume zu vergrößern. Der bisherige Inhaber der Räume hat der Gemeinde dieselben zum Pachtpreis von 300 M. monatlich, gegen 125 M. bisher, zur Verfügung gestellt. Dafür werden alle auf dem Grundstück befindlichen verschließbaren Schuppen in Benutzung genommen, die zum Einlegen von Gemüsen und anderen Waren dienen sollen. Von dort aus finden dann auch die Lebensmittelverkäufe direkt an die Einwohner statt. Es kam ferner der Mietvertrag der Schlafräume zur Sprache. Bisher wurde an drei Stellen geschlachtet. Da dies aber oft zu Unzuträglichkeiten geführt hat, soll an einer Stelle geschlachtet werden. Ein eigenes Schlachthaus jetzt zu bauen ist nicht möglich. Es soll nun das am Güterbahnhof gelegene Schlachthaus des Schlächtermeisters Wandau gegen eine monatliche Entschädigung von 75 M. gemietet werden. In der Kriegesfürsorge wurden bisher 1200 Familien unterstützt. Die Ausgabe betrug 1 053 188 M. Davon entfallen auf die Gemeinde 205 610 M., auf Kreis und Staat 847 577 M. Freiwillige Sammlungen brachten 55 000 M., der Gemeindegeldbeitrag betrug also circa 150 000 M. In die Schuldeputation wurde unser Genosse Hermann Grauge wählt, der bereits seit mehreren Jahren dem Kuratorium der gewerblichen Fortbildungsschule angehört.

# Berichtszeitung.

## Beschleierung von Höchstpreisübertretungen.

Zu welchen Mitteln zuweilen von Geschäftsleuten gegriffen wird, um eine Ueberschreitung der vorgeordneten Höchstpreise zu bemänteln und diese zu umgehen, zeigte eine Verhandlung, die gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte gegen den Wolkereibesitzer Albert Duf stattfand.

Bekanntlich haben gerade Milchhändler die verschiedensten Ausreden gebraucht, um zu höheren Preisen wie angeordnet zu kommen. Weistens begründeten sie ihr Verhalten mit dem Verhalten von Töpfen, Bringerlohn und dergleichen, was jedoch nie ihre Bestrafung ausschloß. Der Angeklagte hatte nun einen neuen Ausweg gefunden. Als eines Tages eine neue Kundin in sein Geschäft kam und von seiner fe abfertigen Tochter Milch verlangte, gab ihr diese zur Antwort, daß sie nur Milch erhalten würde, wenn sie ihnen unentgeltlich Kartoffelschalen und Küchenabfälle liefern würde. Das Gericht erblickte in diesem Abhängigmachen des Milchverkaufs von Viehfutterlieferung eine vorläufige Ueberschreitung der Höchstpreise und verurteilte den Angeklagten demgemäß zu 100 Mark Geldstrafe.

## Hohe Fleischpreise.

Zu 8000 Mark Geldstrafe war, wie wir feinerzeit berichteten, die Großschlächtermeisterfrau Agnes Gröger vom Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilt worden. Sie hatte am 20. April das Fleisch von neun Kälbern im Gesamtgewicht von 18 Zentnern zum Preise von 8 M. bis 8,50 M. für das Pfund verkauft, während ein Preis von 2,28 M. nach Ansicht des Gerichts als angemessen zu erachten war. Die Angeklagte hatte pro Pfund 1,70 M. selbst bezahlen müssen, was dem Höchstpreis ab Stall usw. entsprach. Das Schöffengericht rechnete ihr einen reinen Verdienst von 1 M. pro Pfund nach, hielt sie daher der übermäßigen Preissteigerung für schuldig und hatte auf die oben erwähnte hohe Strafe erkannt. In der Berufungsinstanz kam zur Sprache, daß es sich hier um eine Frau handelt, deren Mann im Felde steht. Für sei die ungeheure Last des Geschäfts aufgebürdet, sie habe auch für vier kleine Kinder zu sorgen. Dazu komme, daß die Angeklagte sich nur dieselben Preise habe zahlen lassen, die damals im Schlächtergewerbe allgemein üblich gewesen. Die 1. Strafkammer ermäßigte die Strafe auf 1500 Mark.

## Ein gerechtes Urteil.

Im Sommer 1915 kam es in Chemnitz zu erregten Auftritten vor und in einem Butterladen. Der Kaufmann Dümel bezeichnete das Gebaren des Butterhändlers, der ein irreführendes Plakat ausgehängt hatte, als Betrug und verlangte Entfernung des Plakats. Die Weigerung des Butterhändlers führte zu einem erregten Auftritt in und vor dem Laden. Etwa 70 Personen nahmen erregt vor dem Laden die Partei des Kaufmanns.

Diese Strafszene vor dem Buttergeschäft hatte gegen — den Kaufmann Dümel eine Anklage wegen groben Unfugs zur Folge. Schöffen- und Landgericht sprachen den Angeklagten schuldig. Er habe zu seinem Verhalten kein Recht gehabt, sondern sich anderer Mittel bedienen müssen, um die Entfernung des irreführenden Plakats aus dem Schaufenster des Buttergeschäfts zu erreichen. Das Publikum habe sein Verhalten als Belästigung empfunden müssen. — Demgegenüber betonte der Angeklagte in der Revisionsverhandlung vor dem Oberlandesgericht zu Dresden, daß nicht er an der Erregung des Publikums schuldig gewesen sei, sondern diese sei durch die derzeitigen unleidlichen Zustände im Butterhandel herbeigeführt worden. — Das Oberlandesgericht hob das Urteil des Landgerichts Chemnitz auf und erkannte unter Uebernahme familiärer Kosten auf die Staatskasse auf Freisprechung. Begründend wurde ausgeführt, daß der Angeklagte sich zwar in unangemessener Weise vor dem Butterladen verhalten habe. Wenn man aber die damaligen Verhältnisse und die derzeit herrschende öffentliche Stimmung berücksichtige, so könne man die Entgegnung des Angeklagten nicht als groben Unfug oder als eine gröbliche Verletzung der öffentlichen Ordnung bezeichnen. Es sei vielmehr auf Freisprechung zu erkennen.

# Aus aller Welt.

## Ein verfehlter Versuch.

Der Krieg ist für manchen Menschen eine gute Gelegenheit gewesen, sich von einem ungern ausgeübten Beruf loszumachen und einen anderen zu ergreifen. Trotzdem dürfte nachstehendes, in den „Potsdamer Neuesten Nachrichten“ erschienenen Inserat eine Besonderheit für sich sein:

### Geistlicher

im besten Mannesalter, mehrere Jahre im Amte, der polnischen Sprache mächtig, wünscht anderweitige passende Lebensstellung. 15. Oktober cr. als Rentmeister, Bureauchef, Korrespondent, Verwalter oder ähnlicher Art. Besl. Zuschriften usw.

Wie man sieht, befriedigt selbst ein angenehmer Beruf — und als solcher gilt der geistliche Beruf in weiten Kreisen — manchen Menschen nicht. Bei dem verminderten Angebot an Arbeitskräften dürfte es dem Herrn Kaplan voraussichtlich auch nicht schwer sein, sich anderwärts noch nützlich zu betätigen.

## Der Verräter schläft nicht.

Eine ergötliche Geschichte wird aus der Umgebung von Lippstadt (Westfalen) erzählt. Ein Gendarm hatte in einer kleinen Nachbargemeinde von Lippstadt eine Revision der Fleischbestände vorgenommen. Er war auch bei einem Landwirt gewesen, der viel geschlachtet, aber nur wenig Vorrat in seiner Nachweisung über die Lebensmittelvorräte angegeben hatte. Die Hausdurchsuchung ergab nichts. Als er aus dem Hause trat, läßt ein dreijähriger Junge auf ihn zu und schreit ihn an: „Verräter, verräter! Du findest es doch nicht bei uns, es liegt unter dem Hahndel.“ Der Gendarm dreht sich auf dem Absatz herum und untersucht den Hahndel und findet unter demselben wohlverborgenen eine Menge Vorrat.

**Immer wieder Pflanzungen.** In der luxemburgischen Ortschaft Dommeldingen erkrankte eine Familie nach Genuß von Pilzen, die die Kinder im Walde gepflückt hatten. Zwei kleine Mädchen sind bereits gestorben, während die Mutter und ein Sohn hoffnungslos daniederliegen.

**Tragischer Tod eines Schauspielers.** In der Nacht zum Montag geriet der Operettensänger Arur Barthel vom Intimen Theater in Frankfurt a. M. mit einem Herrn in einen Wortwechsel, in dessen Verlauf er durch einen Stoß mit dem Regenschirm ins linke Auge schwer verletzt wurde. In den Folgen ist Barthel jetzt im städtischen Krankenhaus gestorben. Der Täter konnte noch nicht ermittelt werden.

**Grasfeuer in Düsseldorf.** Aus Düsseldorf wird gemeldet: Im Bergischen Kraftfutterwerk brach im Hofen Grasfeuer aus, das die Hauptgebäude mit den darin befindlichen Maschinen und Vorräten in voller Ausdehnung ergriff. Durch schnelles Eingreifen der Feuerwehr blieben die Lagerräume nebst den großen Holzgeräten einer angrenzenden Holzhandlung verschont. Der Brand scheint durch Selbstentzündung in einem Mahlgange entstanden zu sein.

**Doppelmord.** Bei Siachuzka (poln. Bezirk Siedlec) wurden zwei jüdische Viehhändler, Vater und Sohn, ermordet und beraubt aufgefunden.

Ueberschwemmungskatastrophe in China. Reuter meldet aus New York: Sehr ausgedehnte Ueberschwemmungen haben zahlreiche Distrikte des Chinesischen Reichs verunstaltet. Mehrere Städte liegen unter Wasser. Die Ernte ist überall vernichtet. Eine Million Menschen sind ohne Obdach. Das Ausland wird um Hilfe gebeten.

### Parteiveranstaltungen.

**Marienthorf.** Der am 24. September geplante Ausflug findet erst Sonntag, den 1. Oktober, statt. Näheres in der nächsten Notiz.  
**Wilmersdorf.** Sonnabend, den 23. d. M., abends 8 Uhr, im Lokal von Meier, Straße am Falkenberg: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht. 2. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. 3. Vereinsangelegenheiten und Beschlüsse. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

### Jugendveranstaltungen.

**Schöneberg.** Jugendbildungsverein. Sonntag, den 24. September: Besuch der Trepfen-Sternwarte. Treffen: 1 Uhr nachmittags Kaiser-Wilhelm-Platz. — Montag, den 25. September: Gemeinsamer Diskussionsabend im Wilmersdorfer Jugendheim, Rannheimer Straße, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr. — Donnerstag, den 28. September: Vortrag im Lokal: „Die Volksschule, wie sie ist und wie sie sein sollte“. Beginn 8<sup>1/2</sup> Uhr abends. — Am 1. Oktober finden alle unsere Veranstaltungen im neuen Lokale statt, und zwar bei Däumler, Königsweg, Ecke Kolonnenstraße.  
**Schöneberg.** Arbeiterjugend. Sonntag: Schlußspiel auf Platz Kadenstraße. Anfang 4 Uhr.  
**Mittemoß:** Spielabend im Lokal von Henkel, Weininger Straße 8. Anfang 8 Uhr.  
Dienstags und Sonnabends finden keine Spiele mehr statt.  
**Wilmersdorf.** Arbeiterjugend. Sonntag, den 24. September: Musikalisch-dramatischer Unterhaltungsabend im Jugendheim, Rannheimer Straße 51. Kapelle: Geigen, Klarinetten und Mandolinen. Anfang 6 Uhr.  
**Wilmersdorf-Bezirk.** Sonntag, den 24. September, abends 8 Uhr, findet im Jugendheim, Sachholerstraße 44, eine Schulentlassungsfeier statt, bestehend aus Festrede, Rezitation und Konzert. Angehörige und Freunde sind hierzu eingeladen.

**Arbeiter-Wasser-Sport-Verband.** Kreis I. Sonnabend, den 23. und Sonntag, den 24. September 1916: Herbstpartie nach Ziegenhals bei Niederlehme (Lokal von Berke). Sonnabend, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr: Treffpunkt der Teilnehmer am Bahnhof Nieder-Schöneweide, Bahnsteig nach Rönigs-Werksbäumen. Jahrskarten bis Eichwalde. Führer: Fr. Wipplersch und Max Götter. Sonntag früh 8<sup>1/2</sup> Uhr: Treffen der Teilnehmer am Bahnhof Nieder-Schöneweide. Jahrskarten bis Eichwalde. Führer: A. Richter.  
**Arbeiter-Schwimmverein Rentöln.** Uebungsabend für Männer Mittwoch, abends von 8-9 Uhr, für Frauen Donnerstag, abends von 8-9 Uhr, referiert im Stadtbad Rentöln, Ganghoferstraße.

**Arbeiter-Maschinen-Bund „Solidarität“, Mitgliedschaft Berlin und Umgegend.** Sonntag, den 24. September: Sämtliche Veranstaltungen nach Papenberge. Treffpunkt ab Bahnhof 7.30 Uhr bis Spandau (Hauptbahnhof), von da per Straßenbahn bis Hafenselbe (Restaurant Röh). Auskunft erteilt Otto Gansel, Zentralsekretariat, Rentöln, Lichtentorstraße 31.

### Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 25. Heft vom 2. Band des 44. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die erste Pflicht der Parteiführer. Von G. Bernheim. — Kritische Anmerkungen. Von Fr. Mehring. — Türkische Probleme. Von O. Hensler. — Kriegswirtschaft. Von Wilhelm Dörmel. — Literarische Rundschau: Professor Th. Jaeger, Berlin und die politische Frage. G. Demorgny, La question persane et la guerre. Von Sp.  
**Arbeiter-Jugend.** Die soeben erschienene Nr. 20 des achten Jahrganges hat u. a. folgenden Inhalt: Unsere Bewegung im zweiten Kriegsjahr. — Kriegsdankliteratur. Von B. Seemann. — Das Volklied. Von H. Straßer. — Das rumänische Land. Von L. Kessen. (Mit Abbildungen.) — Morgenandacht. Gedicht von Richard Dehmel. — Wie steht es mit der Begehrtheit der zum Willkürdienten eingezogenen Lehrlinge? Von Arthur Reiberg, Hamburg. — Aus der Jugendbewegung.  
**„Arbeiterpolitik“.** Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus. Heft 13. 15 Bl. — Verlag in Bremen, Waller-Deer-Straße 52.  
**Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine 1916.** Zwei Bände, herausgegeben im Auftrage des Vorstandes von Heinrich Kaufmann. Komplet 12 M. Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine, Hamburg 6.  
**Große Handkarte von Rumänien, Beharabien und den benachbarten Gebieten.** 1:60 000. — Handkarte der mittleren Balkanländer. 1:1 000 000. — Ed. Höglers Verlag, Wien.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 3, IV, 301 rechts, vorher, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Quittbogen und eine Zahl als Verzeichen beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsqualifikation beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Billige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Gedichtstoffe und dergleichen bringe man in der Sprechstunde mit.  
**B. M.** Die Ehefrau erbt in diesem Falle nicht, sondern nur die Nachkommen des verstorbenen Ehemannes, also die Kinder. — G. R. 51. 1. Da der Rufus zur Kontrollversammlung noch nicht erschienen ist, wissen wir nicht, ob Sie sich melden müssen. 2. Nein. — E. H. 100. Wenn Sie die Vitalität durch Zahlung von Beiträgen nach Ihrer Einberufung aufrechterhalten haben, oder wenn die Krankheit innerhalb drei Wochen nach dem Auscheiden aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung eingetreten ist, haben Sie Anspruch auf Krankengeld. — C. G. 220. Da nach Ihrer Darstellung die Operation nicht ungefährlich erscheint, werden Sie dazu nicht verpflichtet werden können. — Z. 350. Der Kreis-

beitrag ist zustande gekommen. Sie können ihn auch nicht innerhalb vierundzwanzig Stunden rückgängig machen. — 4444. G. V. Eine Anzeige wegen Meineid wäre in dem Falle zwecklos. — Z. 101. 1. Wenn Sie im Falle der Verurteilung über das Honorar an 8. Helm für Mutterhaus, Auguststr. 17. — H. G. Die Steuer kann für diese Zeit von Ihnen nicht erhoben werden. — Berta W. 48. 1. Da 2. Lohn und Kostgeld für die Zeit zu beantragen, bis das Mädchen wieder in Stellung tritt. 3. Eventuell durch Klage beim Amtsgericht.  
**B. V. 101.** Arbeitsverwendungsfähig im Felde. — W. R. 20. 1. Dazu können Sie nicht verpflichtet werden. 2. Es liegt Ihnen aber kein rechtmäßiger Anspruch auf Lieferung von Ruhbedeckung zu, zumal nach den gesetzlichen Bestimmungen für die Tochter überhaupt keine Unterhaltung mehr gezahlt zu werden braucht. 3. Mit solcher Ruhbedeckung müssen Sie sich schon sehr zufrieden sein. — W. R. 55. 3a. **B. 100.** Die Witwe eines Feldwebels mit Wöchnerin bis zu 70 Heller monatlich 22.50 Kronen Rente monatlich, für jedes Kind 4 Kronen monatlich. — S. J. 100. Eine Reghatabildung tritt unter anderem nur durch besondere körperliche Anstrengung ein. Wenn diese vorliegt und nachgewiesen werden kann, so müßte Dienstbeschädigung angenommen werden. Doch wäre der Fall eines Augenarrestes darüber einzuholen, da unser auch nur latentes Urteil in diesem Falle doch nicht als sicher gelten kann. Hoffentlich ist die Einspruchfrist von drei Monaten nach Freilassung des Rentendebesitzes noch nicht verstrichen. Wir würden empfehlen, den Einspruch sofort einzulegen und dann sich an den Arzt zu wenden, um eine Begründung des Einspruches nach ärztlichem Gutachten folgen zu lassen. — W. R. 1. Vom selbstgemachten Schwein wird Ihnen die Hälfte auf die Fleischbezugskarte angerechnet. 2. Sie sind wegen Krümmen und Herzleiden für dienstunfähig erklärt und brauchen sich nicht zu melden. — Baret, Gustavstr. 53. Arbeitsverwendungsfähig im Felde. — J. W. 74. Sie müssen sich melden. — G. R. 100. Da Ihre Invalidenarten bei dem Brand der Fabrik vernichtet worden sind, so brauchen weder Sie noch die Firma die Karten nachzuliefern. Wenden Sie sich an die Landesversicherungsanstalt Brandenburg um eine Bescheinigung über die gelieferten Karten und um eine neue Quittungskarte. — W. R. 1. Ja. — Paula 100. 1. Rein 2. Zum Abschluß des Bekehrungsvertrages sind Sie nicht befreit, das kann nur durch den Vater oder den Vormund geschehen. 3. und 4. Sie können nicht zur Zahlung des Lehngeldes verpflichtet werden, wenn Sie nicht einen Vertrag mit dem Vater des Kurjus abgeschlossen haben. Im anderen Falle aber könnte die Handelschule gegen Sie mit Erfolg klagen. — W. G. 20. Sie haben in diesem Falle keinen rechtlichen Anspruch auf Herausgabe der Verlobungsgelichte. — G. G. 36. Wir halten es für ausgeschlossen, daß von der Invalidenrente eine Ersparnis von 300 M. durch den Pfleger gemacht werden könnte, da die Rente von der Hälfte für die Invalidenrente höher in Befrag genommen worden ist. Sollte es aber dennoch der Fall sein, so müßte beim Vormundschaftsgericht Antrag gegen den Pfleger auf Herauszahlung des einbehaltenen Geldes gestellt werden. — S. J. 19. Beförderung ist nicht an den Minister zu richten, sondern zunächst an das Versicherungsamt, dann an das Oberversicherungsamt.  
Weiterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittags. Vielach heiter, aber noch ziemlich kühl und veränderlich. Keine erheblichen Niederschläge.

## Freireligiöse Gemeinde

**Jugendweihe** der Kinder von Mitgliedern der Freireligiösen Gemeinde am Sonntag, den 24. September 1916, vormittags 10<sup>1/2</sup> Uhr, im Berliner Stadthaus, Eingang nur Jüdenstraße (an der Stralauer Straße).

**Festrede** von Herrn Dr. B. Wille: „Bedeutung der religiösen Weltanschauung“. Harmonium — Violino — Cello — Kinderchor.  
Da zu den Jugendweihen Eintrittskarten im Berliner Stadthaus nicht verkauft werden dürfen, ersuchen wir die Mitglieder, sich vorher mit Karten zu versehen. — Karten sind bei A. Röder, Dänenstr. 9; H. Kühn, O. Langestr. 75; Rad. Nitzke, Neukölln, Erlanger Str. 12, in der Geschäftsstelle und in allen sonstigen Veranstaltungen zu haben. Erwachsene 20 Pf., Kinder 10 Pf.  
In der Schulaula **Kleine Frankfurter Str. 6** (am Alexanderplatz):  
Jeden Sonntag und 1. Festtag: Vortrag, vormittags pünktlich 11 Uhr.

- Okt. 1. Harmonium. Herr Dr. Bruno Wille: Der Verräter Judas eine Sage.
- 8. Harmonium. Herr Dr. M. H. Baego: Wissenschaft und Leben.
- 15. Harmonium. Herr Wilhelm Boelsche: Neuere Fortschritte unserer Kenntnisse von der Abstammung des Menschen.
- 22. Harmonium. Herr Ernst Rotter: Zukunftsaufgaben der Philosophie.
- 29. Harmonium. Herr Ernst Däumig: Englisches Sektantwesen.
- Nov. 5. Harmonium. Frau Maria Krische: Erziehung zur Ehe. 53/9

**Sozialdemokratischer Wahlverein.** I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreises. 18. Abl. Bez. 817a.  
Am Dienstag, den 19. September 1916, verstarb unser Genosse der **Wahner**  
**Friedrich Haar**  
Wiesenhafer Str. 18.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 25. September, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Sophien-Kirchhofes, Freiwalder Straße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer.** Rentöln I. 257/19  
Am 14. September starb unser Mitglied  
**Clemens Müller**  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 22. September, nachmittags 9 Uhr, von der Leichenhalle des Priester-Gemeinde-Friedhofes, Chausseestraße, aus statt.  
Berne den Kollegen zur Kenntnis, daß die Kollegen  
**Paul Jonas**  
Schlosser, 34 Jahre,  
**Bruno Möser**  
Schlosser, 30 Jahre,  
im Felde gefallen sind.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Filialverwaltung.

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise innigster Teilnahme bei der Einäscherung unserer lieben Mutter  
**Luise Olpe**  
sagen wir allen Freunden, Bekannten, Kollegen und Hausbewohnern unseren besten Dank.  
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen  
**Emil Olpe.**  
**In Freien Stunden.**  
Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Pro Heft 15 Pf. Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.

Gegründet 1876  
  
Versand nach allen Plätzen Deutschlands.

**Möbelfabrik Rob. Seelisch**  
BERLIN O 112, Rigauer Str. 71-73a  
empfehlen gute preiswerte Möbel noch zu billigen Preisen.  
**154 Musterräume.**  
Lagerräume: 6696 q-Meter groß.  
Besichtigung ohne Kaufzwang gestattet.  
Illustrierte Kataloge Nr. 13 gratis und franko!

Nach langen, schweren Leiden starb mein herzenguter Mann und Vater seiner drei Söhne, welche sein Stolz waren, der **Eisendreher**  
**Clemens Müller**  
im 40. Lebensjahre.  
Dies zeigen an in tiefstem Schmerz  
12858  
Frau Auguste Müller geb. Hedner, Richard, Erich, Erwin als Kinder, nebst Geschwistern u. Verwandten.  
Die Beerdigung findet Freitag, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle in Ort, Triftstr., aus statt.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Finienstr. 83-85.  
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.  
Bureau geöffnet von 9-1 und von 4-7 Uhr.

**Branchen-Versammlung der Eisen-, Metall- u. Revolverdreher sowie Rundschleifer.**  
Tagesordnung:  
1. Bericht über die gegenwärtige Lage. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Zur besonderen Beachtung! In dieser Versammlung wird den Kollegen das Resultat der im Juni d. J. in der Branchenversammlung angenommenen Resolution und die Gestaltung der Beschlüsse bekanntgegeben. Diese wichtigen Verurteilungen müssen den letzten Kollegen veranlassen, in dieser Versammlung zu erscheinen.  
Wir ersuchen unsere Kollegen, nach der Versammlung in den Werkstätten eine Kontrolle über den Besuch vorzunehmen.

**Branchen-Versammlung** aller in den **Eisenkonstruktions-Werkstätten** beschäft. **Arbeiter** sowie **Fahrrahlmonteur** und **Helfer.**  
Tagesordnung:  
1. Stehen unsere Löhne mit den heutigen Lebensmittelpreisen im Einklang? 2. Bericht der Branchenkommission. 3. Diskussion und Verschiedenes.  
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!

**Achtung! Achtung!**  
**Bauanschläger!**  
Sonntag, den 24. September 1916, vormittags 10 Uhr, im Lokal von Gummel, Sophienstr. 5:  
**Außerordentliche Versammlung der Bauanschläger.**  
Tagesordnung:  
1. Wie stellen sich die Kollegen zur eventuellen Tarifänderung? 2. Diskussion.  
Im Hinblick auf die äußerst wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht aller Kollegen zu erscheinen, auch die Kollegen, welche jetzt in einer anderen Branche tätig sind, müssen in dieser Versammlung anwesend sein.  
Die Ortsverwaltung.  
123/1

**Wehmütige Erinnerung.**  
Am Sterbetage meines lieben Mannes, guten Sohnes, Bruders, Schwiegersohnes, Schwagers und Onkels  
**Paul Fischer**  
gestorben am 22. September 1915.  
Ein Jahr der Trauer ist vergangen, vergebens suchst Du unser Bild. Wenn sehnsuchtsvoll auch das Verlangen, es bringst Dich nimmermehr zurück. Hab' in Deine Augen ja zum letztenmal geschaut, damals, als bei Deinem Aufmarsch wir uns noch die Hand gedrückt. Für diese Trauer gibt es kein Vergessen, das Bild des Abgeschiedenen lebt fort. Und ob auch Jahre kommen, Jahre gehen, noch klingt im Weltmanch dieses Wort. Allein zu sein, drei Worte leicht zu sagen, doch ach, so schwer, so endlos schwer zu tragen. In der Fremde haben Dich treue Kameraden zu Grabe getragen, es soll und dies Wort zum Troste sein.  
So ruf nun laut, Du gutes Herz, im Grabe ist Ruhe, auf Erden littest Du Schmerz.  
In schmerzlicher Erinnerung Deine tiefbeträubte Gattin  
**Marie Fischer** geb. Hanks  
Breslau-Berlin, Genier Str. 63.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband** Verwaltungsstelle Berlin.  
**Nachruf.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser  
**Alexander Großmann**  
Spandau  
am 12. September gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Metallbrenner  
**August Thiemig**  
Wählenstraße 47  
am 17. September gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 22. September, nachmittags 4<sup>1/2</sup> Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
123/2 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband** Verwaltung Berlin.  
Tel.-Amt Moritzplatz 10628, 3578. Bureau: Rungestraße 30.

**Branchen-Versammlungen:**  
**Sargtischler**  
Sonntag, den 24. September, vormittags 10 Uhr, bei Merkmann, Gr. Frankfurter Str. 16.  
**Schirmmacher**  
Montag, den 25. September, abends 8 Uhr, bei Stein, Stralauer Brücke 8.  
Tagesordnung:  
Die Feuerungsanlagen in der Schirmindustrie. — Bericht der Kommission.  
**Bürsten- u. Pinselmacher**  
Montag, den 25. September, abends 8 Uhr, bei Krugmann, Kleine Andreasstr. 10.

**Vertrauensmänner-Versammlung** der **Tischler** Bezirk Nord-Ost  
Mittwoch, den 27. September, abends 8 Uhr, bei Merkmann, Gr. Frankfurter Str. 16.  
Jede Werkstatt muß vertreten sein!  
Die Ortsverwaltung.

**Spezialarzt**  
Dr. med. Karl Reinhardt.  
1. Geschlechtskrankheiten, Harnleiden, Schwäche, Ehrlich-Hata-Kuren, Blut- und Harn-Untersuchungen.  
Institut:  
Potsdamer Str. 117 a. d. Lützowstr., Sprechst. 1/11-2 u. 1/2-1/10 U. abds., Sonnt. 11-1.  
Aufklärende 48 Seiten starke Broschüre gratis und postfrei in verschlossenem Kuvert.

**H. & P. Uder,** Berlin SO. 16, Engel-Afer 5.  
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.  
Spezialität: Nordhäuser Kautabak von **G. A. Manewacker, Grimm & Triepel.**  
Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.  
Amt Moritzpl. 3014.